Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 8. Juni 1926
Dienstag Morgen

Chefredakteur Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5070—5099. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatlicher Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Roten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * 9813 im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 23 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang
Nr. 260
8.6.m
10 pfennig

Hindenburg gegen den Volksentscheid.

Ein Brief des Reichspräsidenten.

Staatsminister v. Loebell veröffentlicht in einer Sondernummer des „Zeitungsspiegel" einen Briefwechsel mit dem Reichspräsidenten. Danach hat dieser folgendes Schreiben an ihn gerichtet:

Berlin, den 22. Mai 1926.

„Der Reichspräsident.

Sehr geehrte Exzellenz!

Von Ihrem Schreiben vom 19. Mai habe ich mit lebhaftem Interesse Kenntnis genommen. Ihrer Anregung, zu dem Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer öffentlichen Kundgebung Stellung zu nehmen, vermag ich aber aus staatsrechtlichen, sich aus der verfassungsmäßigen Stellung des Präsidenten des Deutschen Reiches ergebenden Gründen nicht zu entsprechen. Auch von einem Erlasse an die Reichsregierung möchte ich absehen.

Die Reichsregierung

hat bereits in ihrer Kundgebung vom 24. April dieses Jahres vor dem deutschen Volke klar und deutlich erklärt, daß die entschädigungslose Enteignung dem Grundsatze, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben, widerspricht. Sie hat von diesem Standpunkt des Rechts sowohl in der erwähnten amtlichen Kundgebung als auch durch den Reichsminister des Innern in der Reichstagssitzung vom 28. April d. J. ausgesprochen, daß sie das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen auf das entschiedenste ablehne.

Die unter dem Reichskanzler Dr. Marx am 17. Mai 1926 neugebildete Reichsregierung hat sich in ihrer Erklärung vom 19. Mai diesen Standpunkt ausdrücklich zu eigen gemacht. Ich kann daher annehmen, daß die Regierung, ohne daß es eines besonderen Schrittes meinerseits bedarf, Ihre Auffassung über die rechtliche Tragweite und Gefahr des Volksbegehrens teilt.

Was die von Ihnen berührten, im weiteren Verlauf der Dinge von mir persönlich zu treffenden Entscheidungen anlangt, so muß ich mir — wie es die Verfassung vorsieht — meine Entschließung vorbehalten, bis das Ergebnis des Volksentscheides und das sich hieraus ergaben Ausführungsgesetz vorliegen und die Frage der Vollziehung dieser Gesetze an mich herantritt. — Ich will es aber doch nicht unterlassen, Ihnen

meine persönliche Auffassung

dahin mitzuteilen, daß ich die von Ihnen geäußerten Besorgnisse in vollem Umfang teile und die gleichen Bedenken, wie ich sie auch schon zu Anfang dieser Entwicklung der Dinge an der Reichsregierung gegenüber zum Ausdruck gebracht habe. Daß ich, der ich mein Leben im Dienste der Könige von Preußen und der Deutschen Kaiser verbracht habe, dieses Volksbegehren zunächst als ein großes Unrecht, dann aber auch als ein bedauerlichen Mangel an Traditionsgefühl und als grohen Undank empfinde, brauche ich Ihnen nicht näher auszuführen.

Ich will mich aber bemühen, den Enteignungsantrag hier nicht als eine politische, sondern lediglich als eine moralische und rechtliche Angelegenheit zu betrachten. Ich sehe in ihm unter diesem Gesichtspunkt einen sehr bedenklichen Vorstoßgegen das Gefüge des Rechtsstaats, dessen tiefes Empfinden die Achtung vor dem Gesetz und dem gesetzlich anerkannten Eigentum ist.

Es verstößt gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts. Würde dieses Volksbegehren Annahme finden, so würde einer der Grundpfeiler, auf dem der Rechtsstaat ruht, beseitigt und ein Weg eröffnet, der auf abschüssiger Bahn haltlos bergab führt, wenn es der Zufälligkeit einer, vielleicht noch dazu leidenschaftlich erregten Volksabstimmung gestattet sein soll, verfassungsmäßig gewährleistetes Eigentum zu entziehen oder zu verneinen.

Es könnte aus dem jetzt vorliegenden Einzelfall die Meinung entstehen, durch Aufreizung der Instinkte der Massen und Ausnutzung der Not des Volkes mit solchen Volksabstimmungen an dem Wege der Gesetzgebung weiterzugehen und damit dem deutschen Volke die Grundlage seines kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens zu entziehen. Ich sehe hierin eine

große Gefahr,

die gerade in unserer Lage, in der die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte für unsere Selbstbehauptung am notwendigsten ist, unsere staatlichen Grundlagen bedroht und in einem Zeitpunkt, wo wir eben die ersten Schritte auf dem Wege zu neuer wirtschaftlicher Geltung getan haben, unsere Stellung in der Welt schädigt.

Ich bin überzeugt, daß trotz der starken, vielleicht wenig schönen Agitation für das Volksbegehren das ruhige Urteil und der gesunde Sinn unseres Volkes diese moralische und rechtliche Seite der Frage nicht verkennen und die unabsehbare Gefahr, die allen Schichten des Volkes hier droht, nicht übersehen wird. Ich hoffe daher zuversichtlich, daß unsere Mitbürger in der Entscheidung vom 20. Juni diesen Erwägungen Raum tragen und den Schaden abwenden werden, der sonst dem ersten Grundgesetz jedes Staates, dem Rechte und der Gerechtigkeit erwachsen würde.

Mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener

v. Hindenburg."

★

Der Wortlaut des vorstehenden Briefes ist bisher amtlich nicht bestätigt. Das wird, da sich der Reichspräsident ausserhalb Berlins befindet, erst heute geschehen können. Erst dann wird man auch erfahren, wie der Reichspräsident seine Stellungnahme verstanden zu sehen wünschte. Der Empfänger deutet an, und der Stil des Briefes gestattet den gleichen Rückschluß, daß eine Veröffentlichung beabsichtigt war.

Die Auffassung, die aus dem Schreiben spricht, dürfte auch der Reichsregierung bekannt sein. Die Reichsregierung, die in ihrer Haltung gegen den Volksentscheid so durchaus festgelegt ist, hatte die Absicht, wie wir bereits mitteilten, diese Stellungnahme in einer Kundgebung zu erneuern. Vielleicht gibt ihr der in seinem Charakter naturgemäß persönlich gehaltene Hindenburg-Brief erwünschten Anlaß dazu.

Kabinettssitzung.

Das Reichskabinett hielt Montag nachmittag im Reichstag die angekündigte Sitzung ab. Die Arbeiten zur Vorbereitung der Einheitsflagge sind so weit gefördert, daß sie nunmehr dem vorgesehenen Ausschuß übergeben werden können.

Außerdem beschäftigte sich das Kabinett mit der Frage des Fürstenabfindungsgesetzes, dessen erste Lesung auf der Tagesordnung der heutigen Reichstagssitzung steht. Es hat sich als wünschenswert herausgestellt, das Gesetz möglichst doch noch vor dem Volksentscheid zu verabschieden. Die Schwierigkeiten, die dem Regierungsentwurf in dem Erfordernis der Zweidrittelmehrheit anhaften, bestehen aber bisher unverändert. Man sinnt auf einen Ausweg, der die Annahme des Gesetzes mit einfacher Mehrheit, d. h. mit Unterstützung der Deutschnationalen, gestatten würde. Die formale Hemmnisse hofft man überwinden zu können — es ist der Vorschlag gemacht worden, dies durch eine Präambel zu dem Gesetz zu versuchen —; außerdem wären allerdings auch sachliche Änderungen notwendig. Hierüber wird sich erst in der Ausschußberatung Klarheit gewinnen lassen.

Die Fraktionen treten in ihrer Mehrzahl heute mittag zusammen. Neben dem Reichspräsidentenbrief, der in den parlamentarischen Kreisen gestern lebhafte Bewegung hervorrief, werden die Frage des Fürstenabfindungsgesetzes und die hierüber schwebenden Verhandlungen zwischen Regierung und Parteien im Mittelpunkt der Beratungen stehen.

Abg. Lammers Vorsitzender des Enqueteausschusses.

Die Reichsregierung hat beschlossen, Herrn Clemens Lammers, der bekanntlich Vorsitzender der Weimarer Verfassungsfeier vertritt, zum Vorsitzenden des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugung und Abgabebedingungen der bearbeiteten Wirtsfolgen Nahrung nahme mit diesem Ausschusse zu benennen.

Der Vorsitzende bildet mit den von dem Ausschuß gewählten Stellvertretern Dr. Rudolf Hilferding, Graf Keyserling und Prof. Harms das Präsidium des Ausschusses.

Der Mossulvertrag in der Kammer.

Trotz scharfer Opposition findet sich eine Mehrheit für die Annahme.

Konstantinopel, 7. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Das Mossulabkommen wird heute oder morgen in der Kammer zur Sprache gebracht. Es wurde gestern in einer Sitzung der Volkspartei erörtert, wobei sich herausstellte, daß das Abkommen keineswegs den Beifall dieser Partei findet. Ruschdy Bey, der der Partei angehört, hat nunmehr die Zeit „der großen Buße" beginnen solle. Aber offenbar will vorläufig so recht kein Mensch daran glauben, und der ganze Plan wird, noch ehe er feste Gestalt angenommen hat,

wenig ernst genommen.

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß sich derartige Beschränkungen des Verbrauchs zwar unter der Zwangswirtschaft des Krieges leicht durchführen ließen, daß sie aber in Friedenszeiten auf die größten Schwierigkeiten stoßen und außerdem von geringer Wirkung sein müßten. Tatsächlich wurde in Frankreich bereits kurz nach dem Kriege, nämlich im Jahre 1920, ein ähnlicher Versuch gemacht, wobei es mit aller Mühe gelang, die Einfuhr von 50 Millionen um 1 Milliarde herabzudrücken. Auf der anderen Seite sein natürlich politische Gegenmaßnahmen des Auslandes zu befürchten, die leicht dazu führen könnten, daß die Verringerung der Einfuhr von einer Verringerung der Ausfuhr weit übertroffen werde, wie denn überhaupt eine tiefgreifende Durchführung derartiger Maßnahmen auf die Dauer zu einer wirtschaftspolitischen Isolierung Frankreichs führen müßte, die letzten Endes nur Schwierigkeiten des Budgets und dann auch der Währung zur Folge haben werde. Schließlich spielt auch die Rücksicht auf die zahlosen Fremden eine erhebliche Rolle, deren stets nachsender Zustrom ein sehr erheblicher Faktor der unsichtbaren Handelsbilanz geworden ist. In Paris, das immer mehr zu einem wollkommen internationalen Zentrum wird, macht man sich zwar nach Kräften über die reichen Amerikaner lustig, doch ihre Dollars nimmt man gern.

Während die Einwände gegen den neuen Plan bereits sehr bestimmt auftreten, ist auf der anderen Seite noch wolkommen unklar,

worin nun eigentlich das Einschränkungsprogramm bestehen soll.

Das Komitee der Bier, das mit dieser Aufgabe betraut ist, und das sich, wie ebenfalls bereits bekannt, aus den vier beteiligten Ministern (Armeres, Oeffentliche Arbeiten, Ackerbau und Handel) zusammensetzt, wird morgen zu einer ersten Sitzung zusammentreten. Seine Beschlüsse sollen dann gegen Ende der Woche dem Ministerrat vorgelegt werden, und man wird abwarten müssen, was dann aus der Sache werden wird. Eines der beteiligten Kabinettsmitglieder hat sich indessen bereit, schon jetzt allen Gerüchten entgegenzutreten, die von vollpolitischen Maßnahmen wissen wollen. Der französische Außenbundesrat hat nach den Versicherungen dieses Ministers nicht gefaßt werden, da jeder Eingriff in die bestehenden Handelsbeziehungen unerwünschte Folgen haben müßte. Es handle sich darum, auf den inneren Verbrauch einzuwirken, dessen Höhe sich in der Handelsbilanz schädlich bemerkbar mache, also um eine Art „wirtschaftlicher Hygiene".

Ueber die Einzelheiten dieser wirtschaftlichen Hygienebestimmungen wird sich das Komitee in seiner morgigen Sitzung zu entscheiden haben. Die vorliegenden Informationen sind vorläufig stark widersprechend. Sicher scheint zu sein, daß man möglichst wenig den Konsumenten selbst belästigen will, sondern

beim Zwischenhandel

eingreifen wird. Schließlich scheint auch eine Einschränkung des Kostenverbrauchs erwogen zu werden.

Inzwischen geht hinter den Kulissen der Kampf um die Goldvorräte der Staatsbank weiter. Das Finanzministerium dementiert umlaufende Gerüchte, wonach sich das Schwerständigkomitee für die Einsetzung dieser Goldvorräte ausgesprochen habe.

Marokkokonferenz am 12. Juni.

a. **Paris**, 7. 6. (Eigenbericht.)

General Jordana, der spanische Delegierte für die spanisch-französische Marokkokonferenz, wird für den 12. dieses Monats in Paris erwartet. Der Beginn der Konferenz wird nunmehr für das gleiche Datum angekündigt. Im Zusammenhang damit wird gesagt, daß die Spanier das Abgehen bereits wollen. Immerhin sich die Spanier bereiterklärt haben, die französische Mitbesetzung zuzulassen, darüber wird geschwiegen.

★

Beirut, 7. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Nach einem Dreitagemarsch und heftigen Gefechten besetzten französische Truppen Schefchaub, die Hauptstadt der Drusen-Zone. Man glaubt, daß dieser Erfolg die zweite wichtige Phase in den Operationen darstellt, die den Stämmen des Scheikel Drus den Wunsch des Friedens nahelegen soll.

Unterredung zwischen dem deutschen und dem französischen Arbeitsminister

a. **Paris**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Wie uns berichtet wird, hatte der französische Arbeitsminister Durafour während seines kurzen Aufenthaltes Gelegenheit, sich mit dem deutschen Arbeitsminister Dr. Brauns eingehend über die Stellung der deutschen Regierung zu dem Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag zu unterhalten. Dr. Brauns habe erklärt, daß die Reichsregierung dem Parlament die Ratifikation des Abkommens vorschlagen werde, sobald die französischen Arbeiten in Uebereinstimmung mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmerverbänden abgeschlossen seien. Die Londoner Konferenz habe die letzten Schwierigkeiten, die bei der Ratifikation entgegenstellten, beseitigt. Dr. Brauns habe die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Einbringung des Ratifikationsgesetzes im Reichstage daß Tatsache werden würde.

Rangoon, 7. 6. (Sonderdienst der DAZ.)

Nach einem Privattelegramm aus Khyab haben der vor ein paar Tagen wütende Cyclon und das Hochwasser rund 5000 Todesopfer gefordert. 50 000 Menschen sind obdachlos und krank und leiden unter der Hungersnot. Der Verlust an Vieh ist ungeheuer und die Feldbestellung unmöglich.

Skepsis des französischen Volkes.

Gegenüber den neuesten Regierungsmaßregeln.

a. **Paris**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Die neueste Maßnahme zur Bekämpfung der Valutanot, die, wie bereits gemeldet wurde, in einer Beschränkung des Verbrauchs bestehen soll, erweckt in der französischen Oeffentlichkeit womöglich noch größeren Skeptizismus als alle bisherigen ähnlichen Versuche. Die Zeitungen berichten zwar, daß nunmehr die Zeit „der großen Buße" beginnen solle. Aber offenbar will vorläufig so recht kein Mensch daran glauben, und der ganze Plan wird, noch ehe er feste Gestalt angenommen hat,

wenig ernst genommen.

Die allgemeine Ansicht geht dahin, daß sich derartige Beschränkungen des Verbrauchs zwar unter der Zwangswirtschaft des Krieges leicht durchführen ließen, daß sie aber in Friedenszeiten auf die größten Schwierigkeiten stoßen und außerdem von geringer Wirkung sein müßten. Tatsächlich wurde in Frankreich bereits kurz nach dem Kriege, nämlich im Jahre 1920, ein ähnlicher Versuch gemacht, wobei es mit aller Mühe gelang, die Einfuhr von 50 Millionen um 1 Milliarde herabzudrücken. Auf der anderen Seite sein natürlich politische Gegenmaßnahmen des Auslandes zu befürchten, die leicht dazu führen könnten, daß die Verringerung der Einfuhr von einer Verringerung der Ausfuhr weit übertroffen werde, wie denn überhaupt eine tiefgreifende Durchführung derartiger Maßnahmen auf die Dauer zu einer wirtschaftspolitischen Isolierung Frankreichs führen müßte, die letzten Endes nur Schwierigkeiten des Budgets und dann auch der Währung zur Folge haben werde. Schließlich spielt auch die Rücksicht auf die zahlosen Fremden eine erhebliche Rolle, deren stets nachsender Zustrom ein sehr erheblicher Faktor der unsichtbaren Handelsbilanz geworden ist. In Paris, das immer mehr zu einem wollkommen internationalen Zentrum wird, macht man sich zwar nach Kräften über die reichen Amerikaner lustig, doch ihre Dollars nimmt man gern.

Während die Einwände gegen den neuen Plan bereits sehr bestimmt auftreten, ist auf der anderen Seite noch wollkommen unklar,

worin nun eigentlich das Einschränkungsprogramm bestehen soll.

Das Komitee der Vier, das mit dieser Aufgabe betraut ist, und das sich, wie ebenfalls bereits bekannt, aus den vier beteiligten Ministern (Armeres, Oeffentliche Arbeiten, Ackerbau und Handel) zusammensetzt, wird morgen zu einer ersten Sitzung zusammentreten. Seine Beschlüsse sollen dann gegen Ende der Woche dem Ministerrat vorgelegt werden, und man wird abwarten müssen, was dann aus der Sache werden wird. Eines der beteiligten Kabinettsmitglieder hat sich indessen bereit, schon jetzt allen Gerüchten entgegenzutreten, die von vollpolitischen Maßnahmen wissen wollen. Der französische Außenbundesrat hat nach den Versicherungen dieses Ministers nicht gefaßt werden, da jeder Eingriff in die bestehenden Handelsbeziehungen unerwünschte Folgen haben müßte. Es handle sich darum, auf den inneren Verbrauch einzuwirken, dessen Höhe sich in der Handelsbilanz schädlich bemerkbar mache, also um eine Art „wirtschaftlicher Hygiene".

Ueber die Einzelheiten dieser wirtschaftlichen Hygienebestimmungen wird sich das Komitee in seiner morgigen Sitzung zu entscheiden haben. Die vorliegenden Informationen sind vorläufig stark widersprechend. Sicher scheint zu sein, daß man möglichst wenig den Konsumenten selbst belästigen will, sondern

beim Zwischenhandel

eingreifen wird. Schließlich scheint auch eine Einschränkung des Kostenverbrauchs erwogen zu werden.

Inzwischen geht hinter den Kulissen der Kampf um die Goldvorräte der Staatsbank weiter. Das Finanzministerium dementiert umlaufende Gerüchte, wonach sich das Schwerständigkomitee für die Einsetzung dieser Goldvorräte ausgesprochen habe.

Flaue Stimmung in Genf.

Aufnahme Deutschlands am 10. September sicher?

sch. **Genf**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Die heutige Stimmung im Völkerbundsrat und in den sogenannten Völkerbundskreisen kann nicht gut anders als mit dem unüberseybaren französischen Wort „malaise" bezeichnet werden. Der Umstand, daß der spanische Erstbelegierte Quinones wegen der Verweigerung des Platzes Arbeitsamtes nach Madrid reisen mußte, während der zweite Delegierte Palazios sich nach Südamerika einschifft, so daß Spanien bloß durch einen jugendlichen Sekretär vertreten war, in Zusammenhang mit der ebenso plötzlichen Erkrankung Mello Francos, die so schwer war, daß ihn scheinbar seine beiden Legationsräte pflegen mußten und der

brasilianische Sitz überhaupt leer

blieb, drückt der Lage sein Zeichen auf. Spanien und Brasilien wollen offenbar in dem Augenblick nicht verhandeln, da Chamberlain und Briand gerade zu diesem Zweck in Genf eintreffen. Briand soll heute früh im ersten Imwillen die Absicht geäußert haben, schon morgen mittag nach Paris zurückzufehren. Da aber Paul-Boncour erst Mittwoch früh eintrifft, um die Vertretung Frankreichs zu übernehmen — der Prozeß Bothard dürfte morgen zu Ende sein —, ist anzunehmen, daß Briand doch noch bis Mittwoch früh hier verbleibt. Wie verlautet, finden in diesem Augenblick Verhandlungen der beiden Hauptdelegierten mit Brasilien statt.

Das Verhalten Spaniens und Brasiliens muß auch auf den deutschen Eintritt im September Rückwirkung haben. Wenn Spanien und Brasilien die Verhandlung unmöglich machen, bleibt der Bundesversammlung nichts übrig, als sie im September hinauszuwählen.

Das deutsche Interesse

aber verlangt es, daß der deutsche Eintritt nicht den erzwungenen Austritt der beiden genannten Mächte zur Folge habe. Denn Deutschland hat an guten Beziehungen zu ihnen — besonders zu Spanien — ebenfalls Interesse, und zwar nicht weniger als am Völkerbundseinritt. Die deutsche Diplomatie hat in Madrid und Rio de Janeiro eine große Mission zu erfüllen.

Wie verlautet, hat der neue schwedische Außenminister aus sprachlichen Rücksichten auf sein Erscheinen in Genf verzichtet, während Staatssekretär Sjöberg als Ersatzmann nicht den Vorsitz von Sachsenmännern führen wollte. Die Ablehnung seitens Benesch, der dem Alphabet nach zuerst berufen gewesen wäre, den Vorsitz statt Schwedens zu übernehmen, ist bekanntlich, daß der tschechoslowakische Staatsmann Wert dadauf legt, dem Rat erst im September zu präsidieren, um dann auch die Bundesversammlung eröffnen zu können. Auf diese Art ist heute der Vorsitz für das laufende Vierteljahr unerwartet an Urugua gekommen.

Der heutige Nachmittag und der morgige Tag dienen vor allem den Berichten und geheimen Verhandlungen zwischen den Mächten. Morgen Abend gibt es Komiteesitzungen. Die Ergebnisse der Studienkommission für die Ratifizierung werden morgen Abend bekanntgemacht werden, weil den Diplomaten Grundsätze und die Ergebnisse der Abrüstungskommission sind noch weit weniger sprudelnd.

Aus guter, freilich optimistischer Quelle verlautet, daß mit der Aufnahme Deutschlands für den 10. September etwas sicher gerechnet werden könnte.

Frankreich hat heute einen Antrag eingebracht, demzufolge eine Konvention abgeschlossen werden soll, wonach die Mitglieder gegenseitig Hilfe gegen Bankkontenfälschungen versprechen. Der Name Ungarn ist in diesem Zusammenhang nicht genannt worden.

★

Die 9. Internationale Arbeitskonferenz ist gestern in Genf eröffnet worden.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- und Geldmarkt.

Devisenkurs von 4 Uhr nachmittags.

	7. 6.	5. 6.
Tägl. Geld	3 %	—
Bankkreditz	3½	—
Comm. Paper	3½	—
60 Tg. B	3¾	—
Pa. Eisenb.		
nied. Kurs	3¾	4 %
ob. höchstes	4	4
Berlin	23,80—23,82	23,80—23,82
Ges.	—	—
London		
Kabel Tr.	4,86⅞	4,86⅞

	7. 6.	5. 6.
Lond. 60 T.	4,825	4,82,00
Paris	3,61,50	3,08,50
Brüssel	3,07,00	3,10,00
Amsterd.	40,18	40,15
Madrid	19,36	19,36
Oslo	22,18	22,05
Kopenh.	26,46	26,45
Prag	2,96	2,96
Wien	3,76	3,76
Madrid	15,18	15,13
Bilbao	63	63

New Yorker Börse.

	7. 6.	5. 6.
4½ St. Loan Priior	83⅞	83⅞
4½ do. conv. Mrt. Bd.	96⅞	96⅞
Baltimore u. Ohio	52⅞	52⅞
Canad. Pacific	149	149
Chesapeake Ohio	161⅞	131⅞
Chic. Milw. Petersb.	13⅞	13⅞
Erie	36⅞	35⅞
Illinois Cent.	86⅞	84
Pennsylvania	52⅞	52⅞
Reading	53⅞	53⅞
Southern Pacific	100⅞	100⅞
Union Pacific	148⅞	148
American Can	46⅞	46
Anaconda	46⅞	46
Chile Copper	13⅞	13⅞
General Electric	329	322⅞
General Motors	129⅞	129⅞
Intern. Harvester	118⅞	118
Standard Oil N. J.	44⅞	44⅞
Studebaker	51⅞	51⅞
U. S. Steel Corp.	127⅞	126⅞

	7. 6.	5. 6.
Fr. Rep. Dawes Anl.	104⅞	104⅞
Bel. Stadt 25	89⅞	—
7 Bremer Anleihe	93⅞	—
Dt. Reich 1923	87⅞	—
7 Münch. v. 1925	—	—
7 Dt. Reich. Verk. 07	86⅞	86⅞
7 Reichsanl. Kredit	99⅞	99⅞
7 Dtsch. Anl. 27	101⅞	101⅞
7 Franz. Gold 00	90⅞	90⅞
5 Mex. Anl. v. 99	47⅞	48
4 Mex. Gold v. 04	32	31⅞
6 Poln. Anl. 20	83⅞	84
7 A. E. G. 1945	100	100⅞
7 Bayerische Vereinsbk.	88⅞	88
7 Fried. Krupp 29	—	—
7 Kr. Kr. Bdn-Württ.	103	101⅞
7 Ver. Stahlw. 26	97	95⅞
7 Leonh. Tietz A	97	97
7 Stahlw. Wtn. 25	95	95
7 Hein. u. E. 1926	99	99
7 Aug. Thyssen	99⅞	99⅞

New York, Produktenmarkt.

	7. 6.	5. 6.
Kaffee Santos t.	9,50	—
do. loko	19⅞	—
Juli	17,50	17,40
Sept.	17,30	—
Dez.	16,90	—
März	16,00	—
Mai	15,80	—
Zucker rohe	18,75	18,70
Juli	18,25	18,27
Sept.	17,90	17,86
Dez.	17,55	17,50
Oktober	17,04	17,00
Zufuhr	7 000	10 000
Kupfer elektr.	13⅞	13⅞
Zinn	58,50	—
Blei	7,65	—
Zink	7,00	—
Eisen	20,90	—

	7. 6.	5. 6.
Weizen, rot	1,25—7/8	1,20—7,50
Dez.	1,19—3/4 ab	1,19—7/8 ab
Mais	87⅞	89⅞
Mehl, Sp.	7,25—7,75	7,00—7,50
Getr. Frachtr.	1,25—1,45	1,25—1,45
Kaffee, Rio	9—9½ cts.	9—11 cts.
Kontinent	9—11 cts.	9—11 cts.

Chicago, Produktenmarkt.

	7. 6.	5. 6.
Weizen Juli	141⅞	141⅞
Sept.	138⅞	138⅞
Mais Juli	87⅞	87⅞
Sept.	77⅞	77
Hafer Juli	41⅞	41⅞
Sept.	42⅞	41⅞
Roggen Juli	90⅞	90
Sept.	93	93⅞
Schweinefett Juli	15,32⅞	15,75
Schmalz September	17,15	16,87⅞
Oktober	17,15	16,87⅞
Lieferung Juli	18,37⅞	18,12⅞
Sept.	14,00	13,70
Lieferung Mai	14,62	14,75
Schweine leichte	13,75	13,85
Schwere leichte	14,50	14,25
Zufuhr Chicago	36 000	30 000
Westen	116 000	30 000

Brüninghaus contra Dittmann.

Ein Schlußwort.

Von

Vizeadmiral a. D. **Hollweg**, Bremen.

Das Erscheinen des Gegenreferats des Abg. Brüninghaus vor dem Untersuchungsausschuß in Broschürenform unter dem eindrucksvollen und bezeichnenden Titel „Die politische Zersetzung und die Tragödie der deutschen Flotte" (Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte) ist hier schon kurz angezeigt worden.

Admiral Brüninghaus hat in seinem Referat selbst ausgesprochen, daß die Flottenmeuterei von 1917 und 1918 nur einen Teilausschnitt aus dem großen Kapitel „Der deutsche Zusammenbruch von 1918" bilde, und daß ihm naturgemäß nicht die Aufgabe zufallen könne, das Problem in seiner Gesamtheit restlos zu lösen. Auch hier soll kein derartiger Versuch unternommen, sondern nur ein kurzer Schlußwort zu einer unterhaltungsmäßig vor der Oeffentlichkeit vorläufig abgeschlossenen Episode geschrieben werden, die nicht nur eine Tragödie für die ehemalige deutsche Flotte, sondern für das deutsche Volk als Ganzes darstellt.

In dem Münchener „Dolchstoßprozeß" hatte der Admiral v. Trotha, selbst tief bewegt, unter dem atemlosen Lauschen seiner Zuhörer im einzelnen ausgeführt, was die alte deutsche Flotte für das deutsche Volk bedeutete, wie sich in ihr deutsche Kraft, deutsche Sehnsucht nach Weite, Licht und Luft, nach wirtschaftlicher und politischer Sicherheit manifestierte. Hatte tief drunten im Bayerland, wohin das Rauschen der See nur selten tönt, erläutert, wie erst durch die unablässige kameradschaftliche treue, gemeinsame Arbeit aller in Einzelräumen abgeschlossenen, aber bewußt zum selbständigen Handeln erzogenen Besatzungsangehörigen unter einheitlicher Führung aus dem toten Schiff, aus dem Wust von höchst komplizierten Apparaten und Maschinen erst ein lebendiges Etwas, ein Stück deutscher Kraft und deutschen Lebenswillens, ein Kampfinstrument gemacht werden konnte.

Admiral Brüninghaus hat feinerfeits einwandfrei nachgewiesen, daß die verallgemeinernde Behauptung, die Flottenmeuterei von 1917 habe ihre Ursachen in mangelhafter Verpflegung gehabt, aktenmäßig objektiv unwahr ist. Ueber das hinaus, was Herr Brüninghaus in diesem Sinne als Beweismaterial aufgezeigt hat, ließe sich noch viel mehr sagen. Das Verwaltungsdepartement des Reichsmarineamts hat vom ersten Kriegstage an in geradezu vorbildlicher und weitschauender Weise die Versplegung der Marine sicherzustellen sich bemüht. Und mit Erfolg. Es darf behauptet werden, daß kein Bevölkerungsteil in Deutschland im Kriege so gut ernährt und versorgt worden ist wie die Flotte und die Landmarine. Herr Brüninghaus hat bewiesen, daß politische Verhetzung den Keim zu jenen meuterischen Ausschreitungen gelegt hat, die dann ihre den damals gültigen strengen Kriegsgesetzen entsprechende gerechte Sühne gefunden haben. Wobei noch zu bemerken ist, daß Franzosen und Engländer in historischer Zeit und im Weltkriege selbst sehr viel weniger Milde bei Anlässen ähnlicher Art haben walten lassen. Clemenceaus bekanntes Wort über die Meuterei, ein lebendiges Etwas, ein Stück deutscher Kraft und deutschen Lebenswillens, ein Kampfinstrument gemacht werden konnte.

Admiral Brüninghaus hat feinerfeits einwandfrei nachgewiesen, daß die verallgemeinernde Behauptung, die Flottenmeuterei von 1917 habe ihre Ursachen in mangelhafter Verpflegung gehabt, aktenmäßig objektiv unwahr ist. Ueber das hinaus, was Herr Brüninghaus in diesem Sinne als Beweismaterial aufgezeigt hat, ließe sich noch viel mehr sagen. Das Verwaltungsdepartement des Reichsmarineamts hat vom ersten Kriegstage an in geradezu vorbildlicher und weitschauender Weise die Verpflegung der Marine sicherzustellen sich bemüht. Und mit Erfolg. Es darf behauptet werden, daß kein Bevölkerungsteil in Deutschland im Kriege so gut ernährt und versorgt worden ist wie die Flotte und die Landmarine. Herr Brüninghaus hat bewiesen, daß politische Verhetzung den Keim zu jenen meuterischen Ausschreitungen gelegt hat, die dann ihre den damals gültigen strengen Kriegsgesetzen entsprechende gerechte Sühne gefunden haben. Wobei noch zu bemerken ist, daß Franzosen und Engländer in historischer Zeit und im Weltkriege selbst sehr viel weniger Milde bei Anlässen ähnlicher Art haben walten lassen. Clemenceaus bekanntes Wort über die Meuterei

Manches bleibt in diesem Zusammenhange noch zu sagen. Die Untersuchungsausschußverhandlungen noch dunkel. Ueberspannte deutsche Sentimentalität und Worte wägende Juristerei bei Einzelhandlungen, Für die es dauf der Fahne nie angeklatscht. Disziplin in der stolzen deutschen Armee keinen „Vorgang" gab, haben die weichliche deutsche Regierung von energischen rechtzeitigen Zugriffen abgehalten, die Schlimmste zu verhindern. Ungeheuer ist hinnehmen. Zeiten ungeheuren Geschehens, Zeiten, in denen buchstäblich um das Schicksal eines Volkes und um die Abwehr der Versklavung der Lebenden und der Geschlechter Generationen gerungen wird, erfordern harte Entschlüsse und harte Männer. Kriegsausgang, politische Ohnmacht und trostlose wirtschaftliche Lage Deutschlands und die zwei Millionen Arbeitslosen sind die greifbaren Folgeerscheinungen der bewiesenen Schwäche der Regierung.

Ein Herr „Antinautieus", den Herr Brüninghaus im anderen Zusammenhange auch erwähnt hat, hat sich in einer Serie kommunistischer Artikel gegen das damals gebrüstet, wie J. B. auch die immer diffizile Seifenfrage zum Hilfsmittel für eine politische Agitation unter dem Maschinen- und Heizerpersonal der Schiffe gemacht wurde, obwohl doch der Seifenmangel ein allgemeines Blockadeübel war, und die Schiffsheizer immer noch besser gestellt waren, als die Feuerarbeiter an Land. Der gleiche Autor hat auch an der Hand von Zahlenvergleichen festgestellt, warum gerade in der Flotte der Hebel der politischen Agitation zuerst mit Erfolg angesetzt wurde: Der Prozentsatz des technischen, d. h. zum größeren Teil gewerkschaftlich geschulten Personals zu den anderen, von der roten Agitation früher noch nicht erfaßten Mannschaften, war in der Marine sehr viel größer und daher viel günstiger für parteipolitisch verhetzende Vorstöße als in der Armee. Der Hochstand der Flotte in bezug auf Qualität des Personals wurde ihr in diesem Sinne geradezu zum Verhängnis.

Ein kurzes Wort noch über die sogenannte „Rebellion der Admirale" 1918. Der immer aktivistische „Vorwärts" hat es für angezeigt gehalten, sich mit einer Anfrage an Herrn Churchill zu wenden, welche Ansichten der Flottenvorsitzende Ende Oktober 1918 gehab

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Wenn die Thermopylen-Kämpfer feierzeit „abgestimmt" hätten, ob sie kämpfen wollten oder nicht, so wäre jener Denkstein, der nach heute alle Gymnasiasten begeistert, niemals in Sparta errichtet worden. Wenn Friedrich der Große in dem Schicksalsjahr des Siebenjährigen Krieges, als die Mitkerfolge wie Reulenschläge auf ihn niederfielen, in seinem Soldatenrock abgestimmt hätte, ob der Krieg fortgesetzt werden sollte oder nicht, so wäre aus Preußen niemals ein Deutschland von 1914 geworden.

Was der Abgeordnete Brüninghaus in seiner Broschüre niederlegt hat, ist mehr als ein Referat, es ist ein Stücchen Marinegeschichte. Jeder um Zeile, Wort um Wort hat er akkuratmäßig belegt. Seiner parlamentarischen Stellung entsprechend, hat er, die bei seinem Temperament sicher oft vorhandene innere Erregung klug meisterend, mit Offenheit, aber ohne verletzende Schärfe gesprochen. Wo notwendig, hat er aber auch seinem mehr persönlichen Standpunkt als alter Seeoffizier mit Würde und Festigkeit durchgehalten. Er hat sich keine Altersfolgen weniger leicht gemacht als Herr Dittmann, der immer nur unter dem Gesichtspunkt der Agitation und der eigenen Rechtfertigung Aufzüge vortrug. Heute will niemand mehr, im Gegensatz zu 1918, der „Pionier" der Revolution gewesen sein! Die Nachkrieger der Revolution beschreiben bei der allgemeinen Verelendung, daß die empörten Massen nach einmal von ihren Rechensschaft fordern könnten. Herr Dittmann hat in der Zat nach dem Bismarck-Wort gearbeitet, daß es „sehr leicht ist, ohne Fälschung und nur durch Auslassungen den Sinn einer Rede (oder eines Protokolls) ‚vollständig umgedreht'".

Admiral Brüninghaus hat als Kommandant des „König", der als Spitzenschiff der deutschen Linie in der Skagerrakschlacht fuhr und, ohne an Geschützwert einzubüßen, sehr schwere 38-Zentimeter-Treffer mit nach Hause brachte, im konzentrierten Feuer der englischen Linie Gelegenheit gehabt, praktisch zu erproben, ob der deutsche „Marinistimmung" wirklich so verrottet war, wie Herr Dittmann und seine Freunde der Oeffentlichkeit haben glauben machen wollen. Brüninghaus hat bort sich gefreut und bewiesen, daß Mannesmut und Mannestat Ewigkeitswert besitzen und durch Anwürfe in Untersuchungsausschüssen nicht beseitigt werden können. Er hat seinen Mann auch in der Redeschlacht gestanden, deren letzterer Sinn war, die angegriffene Führerehre der Flottenbefehlshaber zu retten, der Wahrheit eine Gasse zu bahnen und dem deutschen Volke zu zeigen, daß unendlich Vieles von dem, was Herr Dittmann aus dem Aktenwust herausgeleseen haben wollte, notorisch falsch und irreführend war.

Die Angehörigen der alten deutschen Flotte, die das Gefühl in sich tragen, daß sie im Frieden und im Kriege ihre Schuldigkeit taten, werden den Admiralen v. Trotha und Brüninghaus dankbar dafür sein, daß sie auch im Trommelfeuer des Untersuchungsausschusses taqte, treu und deutsch für die alte Flotte, ihre Daseinsberechtigung, ihre Leistungen und den gerechten sozialen Sinn, der auf ihr traditionsmäßig herrschte, eingetreten sind. Sie haben damit nicht nur den verschiedenen Offizierkorps der Marine, sondern auch allen denjenigen Flottenangehörigen, die sich den Stolz auf die alte Waffe und auf ihre Leistungen im Kriege und im Frieden bewahrt haben, einen durch keine Gegenagitation zu beseitigenden und nicht nur für die Gegenwart wirkenden großen Dienst erwiesen. Der letzte Richter aber über die deutsche Flotte, ihre Leistungen, ihr tragisches Ende — und die von politischen Hoß erfüllten Verwirrer dieser falschen Schuldzuweisungen — wird dereinst die Geschichtschreibung sein.

Demokratische Bedenken gegen den Volksentscheid.

zd. **Karlsruhe**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Am Sonntag fand in Offenburg eine Landesausschußsitzung der Demokratischen Partei Badens statt. Hauptreferent war Reichstagsabgeordneter Dr. Dietrich-Baden. In der Frage des Volksentscheids vertrat Dr. Dietrich den Standpunkt, daß die Angelegenheit in Baden durch die mit dem zweiten großherzoglichen Hause getroffene Auseinandersetzung vollkommen befriedigend geregelt sei. Es bestehe die Gefahr, daß im Falle der Annahme des Volksentscheidsgesetzes ein schwerer innerpolitischer Konflikt entstehe. Auch Differenzen mit Schweden seien möglich, denn die Insel Mainau sei Besitz der Königin von Schweden. Werde Baden gezwungen, das Volksentscheidsgesetz durchzuführen, so würde natürlich auch die Insel Mainau aus dem Eigentumsrechte des früheren großherzoglichen Hauses herausgerissen werden.

*

zu. **München**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Der Vorstand des **Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes** veröffentlicht zu der Frage des Volksentscheids zur Fürstenentschädigung eine Entschließung, in der er bedauert, daß es bisher durch die Unentschlossenheit großer Parteien nicht gelungen sei, durch Gesetz eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den deutschen Fürstenhäusern zu schaffen. Der Landesvorstand ersucht seine Reichstagsabgeordneten, beim erneuten Antrag auf Ablehnung der Fürstenenteignung zu billigen, die Beratungen, die eine gerechte Regelung dieser Frage anstreben, weiter zu unterstützen.

Die Entschließung fährt dann wörtlich fort: „Eine Zustimmung zu diesem Gesetz (gemeint ist der Volksentscheid) kann für die Angehörige der Partei des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes nicht in Frage kommen. Auf der anderen Seite geht gegenwärtig noch jede Sicherheit für eine gesetzliche Lösung der Fürstenabfindungsfrage. Bei dieser unklaren Sachlage sind sich der Vorstand nicht in der Lage, den Anhängern der Partei bestimmte Richtlinien für die Stellungnahme zum Volksentscheid zu geben. Es muß vielmehr jedem einzelnen überlassen bleiben, sich nach gewissenhafter Prüfung selbst zu entscheiden."

Das Reichsknappschaftsgesetz.

Seine zweite Beratung im Reichstag.

Präsident Löbe eröffnete die erste Sitzung des Reichstages nach den Pfingstferien mit Worten des Gedenkens für den verstorbenen Generalsekretär der Reichsbahn, Oeser, und für den verstorbenen Staatssekretär a. D. v. Berlepsch, dessen Name sozialpolitisch mit der deutschen Sozialpolitik untrennbar verbunden gewesen sei.

— Anträge des Generalstaatsanwalts und des Preußischen Justizministeriums zur Aufhebung der Immunität des völkischen Abgeordneten Rube wegen Anstiftung zum Morde gingen an den Geschäftsordnungsausschuß.

Das Haus nahm die zweite Beratung der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz in Kraft. Der Sozialdemokrat Jaschke stellte fest, daß die Beschlüsse des Ausschusses nicht so ausgefallen seien, wie man es eigentlich erwartet habe, und daß man diesem Gesetz daher nicht viel Sympathie entgegenbringen könne. Zum mindesten seien Verbesserungen nötig. Den Arbeitgebern sei vielleicht, wenn sie hätten sich besondere Vorteile durch Zurückstellung der Beträge beschafft und sie rechneten viel zu hohe Rücklagen heraus. Vom Standpunkt der Bergunternehmer lasse sich gegen die Vorlage wirklich nichts einwenden. Anders sei es aber vom Standpunkt der Arbeitnehmer. Die Eingabe der Bergarbeiter erhalte in den Ausschußbeschlüssen keine Aenderung. Die Entwicklung der Knappschaftsversicherung. Wenn die sozialdemokratischen Anträge nicht angenommen würden, so müsse es sich die Sozialdemokratie noch sehr überlegen, ob sie dem Gesetz ihre Zustimmung werde geben können.

Der Deutschnationale Leopold erinnerte daran, daß das bisherige Reichsknappschaftsgesetz beim sozialen Frieden nicht geheimt habe. Von dem Entwurf der Regierung zur jetzigen Novelle sei im Ausschuß sehr wenig übrig geblieben. Der Redner versicherte, daß bei den Deutschnationalen vorwiegend darauf bestehe, die alte Knappschaft zu beseitigen. Aber sie dürfe nicht durch Ueberspannung der Beiträge und Leistungen geschädigt werden. Es frage sich, ob nicht die Ausschußbeschlüsse weit über das vernünftige Ziel hinausschießen. Den 670 000 Arbeitnehmer in Bergbau stehen rund 210 000 Invaliden gegenüber, also kommt auf drei Arbeitende ein Invalide. Da soll man eine Ueberspannung der Beiträge sorgfältig vermeiden. Die Mehrbelastung des Bergbaues aus der Novelle werde auf 32 bis 32 Millionen Mark geschätzt. Im ganzen werde die Belastung 411 Millionen, das heißt 600 Mark pro Kopf der Belegschaft, ausmachen. Wenn der Bergarbeiter zukünftig täglich mit 1,10 Mark belastet werden solle, so sei zu befürchten, daß Lohnkämpfe schlimmster Art sich entwickeln würden. Der Redner schloß: Dem Gesetz stehen größte Bedenken gegenüber. Weil wir verhindern wollen, daß die neue Vorlage für viele einen Schaden der Beteiligten ausstiftet, haben wir eine Reihe von Anträgen eingebracht. Von der Entscheidung über diese Anträge werden wir unsere endgültige Haltung abhängig machen.

Der Volksparteiler Sinnesfeld erinnerte daran, daß das alte Gesetz zu großen Streitigkeiten geführt habe. Die erhofften Wirkungen seien ausgeblieben. In der Ablehnerstellung der Sozialdemokratie liege ein großer Irrtum. Die Vorlage. Die Krankenversicherung bis zu 75 Prozent erscheine bagegen einmal unterschwellig. Der Redner bekannte sich als grundsätzlicher Gegner der im Ausschuß beschlossenen Lohnklassen.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag 2 Uhr vertagt. (Außerdem Regierungsentwurf für die Fürstenabfindung.)

*

zu. **München**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Der Vorstand des **Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes** veröffentlicht zu der Frage des Volksentscheids zur Fürstenentschädigung eine Entschließung, in der er bedauert, daß es bisher durch die Unentschlossenheit großer Parteien nicht gelungen sei, durch Gesetz eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den deutschen Fürstenhäusern zu schaffen. Der Landesvorstand ersucht seine Reichstagsabgeordneten, beim erneuten Antrag auf Ablehnung der Fürstenenteignung zu billigen, die Beratungen, die eine gerechte Regelung dieser Frage anstreben, weiter zu unterstützen.

Die Entschließung fährt dann wörtlich fort: „Eine Zustimmung zu diesem Gesetz (gemeint ist der Volksentscheid) kann für die Angehörige der Partei des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes nicht in Frage kommen. Auf der anderen Seite geht gegenwärtig noch jede Sicherheit für eine gesetzliche Lösung der Fürstenabfindungsfrage. Bei dieser unklaren Sachlage sind sich der Vorstand nicht in der Lage, den Anhängern der Partei bestimmte Richtlinien für die Stellungnahme zum Volksentscheid zu geben. Es muß vielmehr jedem einzelnen überlassen bleiben, sich nach gewissenhafter Prüfung selbst zu entscheiden."

Der Auszug der Studentenschaft.

Der Bericht über die Vorgänge bei der Staatsanwaltschaft.

hk. **Hannover**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Heute vormittag hat ein mit etwa 1500 Studenten besetzter Zug Hannover nach Braunschweig verlassen. Das sind etwa 75% des gesamten hiesigen Studentenschaft. Die Technische Hochschule wird also heute ziemlich die daliegen, und die Wirkung muß eine ganz ungeheure sein. Es ist die Aktivität der Studentenschaft, die Technische Hochschule in Hannover künftig zu machen, gewonnen. Die Unzufriedenheit im übrigen erhöhte Bedeutung, denn eine derartige Massenabwanderung kann sich nicht allein eine erhebliche Schädigung weiter Bevölkerungskreise, Es erscheint nötig, daß die Stadtverwaltung und die städtischen Kollegien das in Berlin gebührend zum Ausdruck bringen.

Im Laufe des heutigen Tages begegnete man vielen Gesichtern der Technischen Hochschule mehrere Schupobeamte, die sonst dort mehrere Patrouillen mit Gewehrfeuern, die allgemein auffielen. Weiterhin konnte man seinen Streifendienst tun. Sie sind von der Hochschule angefordert, um Störungen der Ruhe zu verhindern und zu verhüten.

Der Bericht der Technischen Hochschule zu dem Fall Lessing und den damit verbundenen Boykottmaßnahmen auf der Technischen Hochschule Hannover ist nunmehr der Staatsanwaltschaft zugegangen. Wie wir hören, hat eine Vernehmung einzelner Studenten noch nicht stattgefunden. Vorläufig dürfte erst eine Vernehmung des Professors Lessing stattfinden, der sich zu den Vorgängen anläßlich seiner Vorlesungen äußern soll. Nach Aufsicht der Staatsanwaltschaft kommt ein Hausfriedensbruch wohl kaum in Frage, da die Aufforderung des Rektors nicht das Verbleiben des Gebäudes, sondern nur das Zerstreuen der sich vor den Hörsälen und auf den Korridoren angesammelten Studierenden betraf. Eine Schädigung Lessings im Sinne des § 240 des Strafgesetzbuches muß erst die nähere Untersuchung ergeben, ob eine solche weiteres. Weiterhören wir, daß der Staatsanwalt, der mit der Untersuchung und Führung des Falles Lessing betraut ist, seine nächstens nach Berlin zum Generalstaatsanwalt begeben wird, wo dann wohl neben anderen dieser Fall zur Sprache gelangen wird.

Kompromißversuch des Rektors.

hk. **Hannover**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Wie wir auf Grund einer Unterredung mit dem Rektor der Technischen Hochschule, Prof. Oesterlen, erfahren, sind die jetzt am Sonntag begonnenen Vorlesungen nur erst der Anfang weiterer Bemühungen von der Hochschule, die sich auf sämtliche an den Demonstrationen beteiligten Studenten, insgesamt etwa 250, erstrecken werden. Diese Maßregeln, die erfolgen, um die Ordnung und Ruhe bei den Demonstrationen vorbenden gewesen sei, sondern die Studentschaft geschlossen hineinnehmen einzutreten. Als nächste Aktion seitens der Studentenschaft rechnet Rektor Oesterlen mit dem Ausbruch des Studentenstreiks. Um diesen Streik zu verhindern, hat der Rektor, bestätigt durch Oesterlen ein Ordinariat für Philosophie an der Technischen Hochschule, das einem Professor der Philosophie übertragen wurde, bereits besetzt worden soll. Entsprechende Schritte beim Kultusministerium sind bereits unternommen worden.

Damit würde der Lehrstuhl für Prof. Lessing sofort hinfällig werden.

An der Technischen Hochschule Hannover verlief der Montagnachmittag vollkommen ruhig. Studierende waren kaum anwesend. Auch von außen hat man keine feindlichen Demonstrationen unternommen. Lessings Vorlesungen fanden statt.

Der Empfang in Braunschweig.

hk. **Hannover**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Zum Empfang der aus Hannover nach Braunschweig übergesiedelten Studenten der Technischen Hochschule Hannover hatte sich am Bahnhof Braunschweig die gesamte Studentenschaft zum Empfang eingefunden. Im geschlossenen Zuge zog es bei strömendem Regen durch die Stadt. Ganz Braunschweig schien auf den Beinen zu sein, so gewaltig war die Zuschauermenge, die sich auf den Straßen aufgestellt hatte.

Nach einer Begrüßungsansprache seitens des Vorsitzenden der Braunschweiger Studentenschaft, in der die restlose Unterstützung im Kampf aufgesagt wurde, ergriff Herr Böhlmann-Hannover, der Vorsitzende der Hannoverschen Studentenschaft das Wort. In furzen Umrissen Hilferufe der Vorgänge und die Gründe, die die Hannoversche Studentenschaft zu ihrem Kampfe gegen Prof. Lessing veranlaßten. Der Erfolg der Eingabe an den Rektor der Technischen Hochschule der Technischen Hochschule Hannover in Scharen die Hochschule verlasse und sich anderen Städten wandte.

Im Laufe des Nachmittags fanden Besprechungen bezüglich der Unterbringung der „ausgewanderten" Studenten statt, bzw. wie eine Verteilung an besten auf die anderen Hochschulen eingerichtet werden könne. Die Verpflegung und Unterbringung haben die hiesigen Korporationen und das Studentenheim, das infolge seiner hervorragenden Organisation den unerwarteten Massenansturm gewachsen war, übernommen.

Deutsch-nordische Pressekonferenz.

E.B.M. **Lübeck**, 7. 6. (Eigenbericht).

Im stimmungsvollen Bürgersaalsaal des Lübecker Rathauses nahm heute die Deutsch-nordische Pressekonferenz ihren Anfang. Zahlreiche Journalisten aus Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Estland und Lettland sind dem Rufe ihrer deutschen Kollegen gefolgt, anläßlich der 700-Jahrfeier der Reichsstadt Lübeck persönliche Fühlung miteinander zu nehmen und Berufs- und Standesfragen gemeinsam zu erörtern.

Nach Begrüßungsworten des Direktors Richter vom Reichsverband der deutschen Presse und des Lübecker Senators Stock trat man in die sachlichen Beratungen ein, die sich mit den internationalen Beziehungen der Presse sowie den Fragen des journalistischen Austausches, gegenseiger Erleichterung der Berufstätigkeit, Veranstaltung von Studienreisen, Verschärfung des Presse- und Pressegesetzes, Fortbildungsfragen und Nachwuchsfragen beschäftigten. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand Oberpostrat Thurm, einem sehr ausführlichen Vortrag über Beziehungen zwischen Funkwesen und Presse.

Auf dem an Ehren der Presse vom Lübecker Senat veranstalteten Festessen sag Senator Dr. Kolbenheyer in seiner Festrede Deutschland, daß 11 an der Ostsee gelegenen Länder sich eingefunden hätten, um zur Jubelfeier Lübecks ihre kulturelle und wirtschaftliche Band, das diese Länder umschlinge, möge auch in Zukunft seine Kraft entwickeln. Der Redner wünschte, daß gemeinsamen Interessen sowohl zum Wohl Lübecks wie ganz Deutschlands gereiche, sei er der Presse und Pressemänner, das sie ihrer Freude in den Dienst dieser Aufgabe gestellt habe.

Fertigstellung des deutsch-holländischen Fernsprechkabels.

Aus Anlaß der Fertigstellung des Fernkabels Wilhelm-Wesel-Arnhem hat der Reichspostminister bei holländischen Fernsprechverwaltung folgendes Telegramm übersandt:

„Die Fertigstellung des in gemeinsamer Arbeit geschaffenen Fernkabels Wilhelm-Wesel-Arnhem bietet mir willkommenen Anlaß, Ihrer Generaldirektion meine besten Glückwünsche und freudigen Grüße zu übersenden. Möge auch diese Verbindung dazu beitragen, die Bande der Zusammenschluß der beiden Fernsprechnetze die Kulturarbeit und wirtschaftlichen Beziehungen unserer Länder noch enger gestalten und die traditionellen Bande der Freundschaft noch fester knüpfen. Möge das Kabel dazu beitragen, innerhalb des allerwärtsten Fernkabelnetzes für beiden weiteren Ausbau ein starker Grundpfeiler werden, auf den sich wieder erhebende Wirtschaft unseres Erdteils zuverlässig stützen kann."

Reichspostminister Dr. Stingl.

*

Dass neue Kabel zwischen Wilhelm und Arnhem dient der Fernsprechverkehr zwischen Deutschland und Holland. Auf die Verlegungsarbeiten und die Bedeutung dieses Kabels im europäischen Fernsprechnetz hat bereits ausführlich der „Weltverkehr" vom 6. Juni hingewiesen.

Zusammenritt des rumänischen Parlaments.

khg. **Wien**, 5. 6. (Eigenbericht.)

Das rumänische Parlament ist auf den 25. Juni einberufen. Die endgültige Zusammenfassung der Kammer ist folgende: Regierungsblock 386, Nationalpartei 100, Liberale 17, Liberale Partei 14 und Antisemitenlisg 9 Mandate. Die Sozialisten und Kommunisten haben kein Mandat erhalten. Man hat 313 Abgeordnete und 1 Senator, das heißt die Regierung 108 erhalten. In den Senat ist kein Liberaler gewählt worden. Von Interesse ist, daß der frühere Ministerpräsident Bratianu diesmal kein Mandat erlangen konnte.

Arbeitgeber und Krankenkassen.

In einer Allgemeinen Verfügung des preußischen Justizministers wird unter Hinweis auf die Notlage der Krankenkassen die Notwendigkeit betont, mit Nachdruck gegen solche Arbeitgeber einzuschreiten, die in notzeitlich Beitragsteile, die sie den Beschäftigten einbehalten oder von ihnen erhalten haben, der berechtigten Kasse einzuzahlen

Sport.

Süddeutschlandflug 1926.

Am Ende der ersten und der Start zur zweiten Tagesetappe.

Mannheim, 6. 6. (Eigenbericht.) Dem bei denkbar ungünstiger Witterung unternommenen Start der 18 angelassenen Wettbewerbsmaschinen in den frühen Morgenstunden des Samstag folgten bis zur Mittagszeit bereits sechzig gewordene „Zaufeuvögel" und die beiden Messerschmitt-Kleinsiggeuge M. 17 unter v. Conta und Mater, nachdem diese Maschinen von der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt nach gründlicher Besichtigung der Mängel am Hohenzeitwerk ordnungsgemäß abgenommen worden waren. Bald auf über „Slamingo" D. 884, der nicht wie die übrigen Wettbewerber in Darmstadt wegen Nebels zugelandet war und lange Zeit bemanövrierte die Zaufeuvögel, wurde erst auf dem Rückflage zwischen Böblingen und Freiburg von Steinhoff auf Junkers A. 20 der Deutschen Versuchsflugzeugschule überholt. Nachdem die Sicht besser geworden war, setzte das Gros der Süddeutschlandflieger den Streckenflug eiligst fort, um weiteren Heimsuchungen und Streckpunkte zu vermeiden. Der L. V. G. C. VI Doppeldecker mit Delfschner am Steuer blieb nach mehrmaligen Startversuchen wegen Benzinschwund auf dem Mainplatze zurück, während das B. A. G. D. 14 Leichtflugzeug der Akademischen Fliegergruppe Darmstadt bei Wittenberg a. M. notgelandet mußte. Da das Kurbelwellenlager ausgelaufen und Roelcker den Schaden mit eigener Hilfe nicht beheben konnte, schied die Maschine aus dem Wettbewerbe aus. Während Steinhoffs Junkermaschine um 5,36 Uhr nachmittags nach 12¼ stündigem Fluge bei schwerem Gewitter als erste auf dem neuen Mannheimer Flughafen landete und von den Zuschauern lebhaft begrüßt wurde, traf Nachricht über den reichlich vom Mißgeschick verfolgten Bäumer ein. Er mußte bei Schteridingen infolge Motordefekts herunter und aufgehen. Damit wurde einer der schärfsten Wettbewerber aus dem Rennen geworfen. In den Abendstunden erreichten noch das Ziel nach Zurücklegung der abwechslungsreichsten Strecke Deutschlands und anstrengender Arbeit (1130 Kilometer): Walz, v. Mantenfel auf Heinkel H. D. 22 und Schongar, Udet-Zieseker. Der Foste-Zwil-Eindecker unter Lübke verbrannte bei Kaufbeuren beim Tanken völlig. v. Conta schied infolge Achsenbruches aus. Die restlichen 12 Teilnehmer blieben auf Strecke liegen zwischen München und Freiburg.

Neben der rein sportlichen Veranstaltung bot das Programm auch lokale Rundfahrtbemühungen, die der Schaulust der Besucher dienen sollten. Der auf heute früh 4 Uhr angesetzte Start mußte wegen der von verschiedenen Flugwetterwarten eingetroffenen Meldungen über schlechte Sicht und Gewitterzeugen abermals verschoben werden. Nachdem die Maschinen vor Beginn der Startbereitschaft von den Besatzungen die „letzte Oelung" erhalten hatten, wurde nach neuer Bereitschaft um 5,17 Uhr vormittags der Start für drei der gestern hier gelandeten Flugzeuge um 5,31 freigegeben. Schongar mußte ausscheidungsgemäß ausscheiden, da er seinen Oelzufleitungsbruch bei Karlsruhe gestern mit einer Lötlampe, einem an Bord nicht mitgeführten Werkzeug ausbesserte. Bis zum heutigen Mittag kamen neun Nachzügler nach Mannheim, um nach kurzer Rast als „unbemannt Start" die Weiterreise anzutreten. Mit den drei Teilnehmern, die sich noch auf der ersten Tagesetappe befinden, sind zurzeit noch 15 Maschinen im Rennen. Der heutige Sonntag führt unsere Süddeutschlandflieger in umgekehrter Richtung über Freiburg, zum zweiten Male über die dunklen Tannenwälder des Schwarzwaldes, nach Friedrichshafen und München. Von Stuttgart aus werden heute schon Morgenstreiben, Nürnberg und Schweinfurt als Zwischenlandeplätze angesteuert. Während ein großer Teil der Piloten bei Morgenstunden ein gutes Wetter zu erhalten wird, heim falschen Wetters wegen aufgehalten wird, gelang es auch heute dem unverwüstlichen Steindorf um 2,30 Uhr nachmittags wieder als erster seine Maschine in Neu-Ulm zu landen. S. S.

Norddeutsche Zuverlässigkeitsfahrt.

Die vorläufigen Ergebnisse der in Hannover beendeten Norddeutschen Zuverlässigkeitsfahrt für Automobile liegen jetzt vor. Da noch einige Protestes laufen, ist es jedoch leicht möglich, daß sich an der Plazierung noch etwas ändern kann. Bei der Fahrt wurde bekanntlich ein Wanderpreis und ein Pokal ausgefahren. Den Wanderpreis ist W. Heinemann (R. A. G.), den Pokal von Hamburg hat E. Dellmann-Dortmund (Austro-Daimler) zu verteidigen. Die Ergebnisse in den einzelnen Klassen sind: Industriefahrzeuge: a) Tourenwagen: 1. Karl Jörns-Nüsselsheim (4 P. S. Opel) 35 Punkte, 2. Paul Bischoff-Hannover (9 P. S. Lancia) 34 P. b) Sportwagen: 1. W. Heine-Essen (10 P. S. Austro-Daimler) 46 P., 2. Dehn-Hamburg (8 P. S. Dürkopp) 33 P. Privatfahrzeuge: a) Tourenwagen: 1. G. A. Fischer-Schierbold (9 P. S. Lancia) 21 P., 2. W. Berger-Hamburg (8 P. S. Hansa), 3. Frau J. Mahnkopf-Stettin (10 P. S. N. A. G.). b) Sportwagen: 1. E. Dellmann-Dortmund (10 P. S. Austro-Daimler) 51 P., 2. W. Markworth-Braunschweig (9 P. S. Presto).

Motorradrennen in Leipzig.

Die Leipziger Motorrad-Vereinigung hielt am Sonntag ihr internationale Motorradfahrrennen ab. Der Länderkampf um den Ehrenpreis der Stadt Leipzig nahm einen irregulären Verlauf. Bartolomäus-Leipzig auf Ernst-Mag-Sport erlitt in der 22. Runde Vorderradbruch und stürzte im 100-Kilometer-Rennen. Die Maschine ging vollkommen in Trümmer, der Fahrer kam wie ein Wunder ohne ernste Verletzungen davon. Im Ziel trug der Leipziger Steeer (Atlas-Sport) davon. Von den Ausländern schieden der Belgier Borgotti auf Motolacoche, der Holländer Schaefer (R. A. C.) und der Franzose Bobin (Rein-Dynamo) bereits im Vorlauf aus. Die Klassensieger waren: Thesis-Berlin (Ginsbach) 1 P., Thesis-Berlin (Sport) 9:12; Gebrüder Wallmann-Nürnberg (Triumph-Sport) 11:07,2; Länderkampf: Steeger-Leipzig (Atlas-Sport) 10:53.

Ein Berliner Jubiläumsrennen brachten die Hamburg-Berlin-Berlin Radtouristen von 1901 auf der 265 Kilometer langen Strecke Hamburg—Schwerin—Ludwigslust—Damburg zur Durchführung, das sich gutes Teilnehmerzahl zu erfreuen hatte. Eine dominierende Rolle hielten die Berliner Straßenfahrer, von denen E. Gilke (Germania) Nennen in 9 Stunden 6 Minuten 10 Sekunden mit Reifenstärke gegen seinen Klubkameraden Papenfuß gewann. Das Rennen der Altersfahrer über 250 Kilometer gewann D. Lehrmann-Bremen in 8:18:00 vor R. Heckert-Hamburg, der 8:45:30 benötigte.

„Rund um die Alsmark" mit Start und Ziel in Magdeburg über 150 Kilometer brachte am Sonntag 70 Herrenfahrer auf die Beine. Im letzten Drittel der Strecke sonderten sich drei Fahrer von den übrigen ab, von denen der Rosebburger Schröder im Endspurt sicher in 5:16:44 gewann.

Quer durch Wilmersdorf.

Dieser Staffellauf über 4,2 Kilometer war am Sonntag abermals ein Erfolg des Deutschen Sport-Klubs. Zwerst sah es allerdings nicht nach einem Siege der nur aus Existenten bestehenden Hehnermannschaft des D. S. C. aus, der B. G. B. 92 entstieg und sogar die eigene zweite Mannschaft lag bis zum sechsten Läufer vor der ersten Mannschaft, schließlich ließ D. S. C. I mit Karl Ernst als Schlußmann bei 9:18,8 den B. G. B. 92 aber doch um 5½ Sekunden hinter sich. Der B. f. L. Wilmersdorf, der im Gegensatz zu den anderen genannten Vereinen 12 Leute laufen lassen durfte, schlug im Kampf um den dritten Platz den Berliner S. C. mit Kruttbeicke. D. S. C. II wurde ½ Meter zurück Sechster. Die Jugendstaffel, je 15 Läufer, gewann der B. G. B. 92 in 9:19,3 durch seinen guten Schlußmann mit 5 Meter gegen den D. S. C., bei dem ein Mann fehlte. Bei den Frauen (je 20) ließ der D. F. C. C. in 10:57,2 den B. S. C. um gut 9 Sekunden zurück. B. G. B. 92 siegte in 4:26,4 auch in dem verkürzten Knabenlauf. K. S.

Laufen und Gehen „Rund um Erfurt" (25 Kilometer). Laufen: 1. Pürsten-Leipzig 1:33:06; 2. Reichmann-Siegen (50 Meter zurück); 3. Mettmüller-Riga; 4. Dreckmann-Hamburg. — Gehen: 1. Hähnel-Erfurt 2:11:23; 2. Schwab-Neukölln Handbreite zurück. — Mannschaftswettbewerb: Laufen: 1. Berl. Athletik-Club; 2. Marathon-Leipzig. — Gehen: 1. Neukölliner Sportfreunde.

Der Staffellauf der Volksschulen, der auf der Strecke Bahnhof Treptow—Bauschulenweg zur Austragung kam, wurde von der 163. Gemeindeschule vor der 500., deren letzter Läufer den errungenen Vorsprung von über 80 Meter infolge Beinverletzung vollständig verlor, und der 183. Gemeindeschule gewonnen.

Leipzig—Schönebeck—Lichterfelde.

Der Mannschaftskampf zwischen der Turn- und Sportgemeinde Leipzig-Lindenau, den T. u. S.-Schönebeck und dem T. u. S.-Lichterfelde in Lichterfelde endete mit einem sicheren Gesamtsieg des T. u. S.-Schönebeck. Das Endergebnis stellte sich auf 187½ Punkte für Schönebeck, 143 für Lichterfelde und 111½ für Leipzig-Lindenau. Die Schönebecker Mannschaften waren namentlich in den Läufen erfolgreich, mußten jedoch in den Wurfübungen den Lichterfelden den Vorrang überlassen. Nicht unwesentlich zu dem guten Punktverspruch des T. u. S.-Schönebeck haben seine Jugendturner beigetragen, die fast alle Wettbewerbe zum Teil mit beachtlichem Vorsprung, an sich brachten. Beachtlich ist die 800 m Jugendzeit von Sonnenfeld-Schönebeck mit 2,09,8. Den Abschluß des Kampfes bildete eine 8 Runden-Staffel mit 20 Turnern, Turnerinnen und Jugendlichen in gemischter Aufstellung, die dank taktisch besserer Aufstellung ebenfalls einen sicheren Sieg des T. u. S.-Schönebeck in 6:45 ergab.

Das nationale Jugendhockeyfest des B. C. Komet zeitigte hervorragende Leistungen unserer Jugendlichen, von denen einige möglicherweise schon für die Auswahlmannschaft Olympia 1928 in Frage kommen. In den Entscheidungen über 100 Meter wurde unter 12 Sekunden gelaufen. Dannenberg (Brandenburg) sprang 1,60 Meter hoch, ein Mitglied des Polizeiportvereins bewältigte im Stabhochsprung 3,10 Meter. Brandenburg war der einzigen Punktverspringung bei der Veranstaltung. Er gewann fast sämtliche Staffeln, nur in der 3 mal 1000 siegte Zehlendorf 88 und in einer olympischen Staffel die Neukölliner Sportfreunde.

Leichtathletikländerkampf Frankreich—Belgien.

Im Lüttich trafen am Sonntag die Auswahlmannschaften von Frankreich und Belgien im Leichtathletik-Länderkampf zusammen. Erwartungsgemäß behaupten die Vertreter Frankreichs mit 74:44 Punkten die Oberhand.

Hand- und Fußball-Meisterschaft der D. T.

Vor etwa 5000 Zuschauern brachte die Deutsche Turnerschaft in Ulm die Endspiele ihrer Hand- und Fußballmeisterschaft zur Durchführung. Im Männer-Handball siegte der Polizei-Turnverein Nastatt gegen den Altmeister Turn- und Sportverein 1860 Spandau mit 3:1 (3:0). Spandau entäuschte in der ersten Halbzeit vollkommen. Die Handballmeisterschaft der Frauen fiel an die Turnerschaft Barmbek-Uhlenhorst, die nach durchweg überlegenem Spiel die Turngemeinde Eintracht-Frankfurt a. M. mit 3:1 (1:1) abfertigen konnte. Die Meisterschaft im Fußball gewann erwartungsgemäß W. T. B. Fürth mit 3:2 (2:1) gegen Hamburg-Rothenburgsorter Turnverein.

1. F. C. Nürnberg—Tennis-Borussia Berlin 4:0.

Das Freundschaftsspiel auf dem Platze des vorjährigen deutschen Meisters in Nürnberg, das aus Anlaß des 25jährigen Stiftungsfestes des 1. F. C. N. stattfand, hatte bei trübem Wetter nur wenige tausend Zuschauer angelockt. Die Hausherren waren, wenngleich das Ergebnis in dieser Höhe den Spielverlauf nicht richtig wiedergibt. — Bayern-München siegte gegen Stuttgarter Kickers auf dem Platze der letzteren mit 3:2, nachdem Stuttgart bei der Pause mit 2:1 geführt hatte.

Der Verbandstag des Verbandes Brandenburgischer Schiedsrichter brachte neue Häupter in der Leitung hervor. Bei der Wahl zum ersten Vorsitzenden bemerke man eine gewisse Verwirrung. Mit geringer Stimmenzahl wurde Huber wiedergewählt. Siegel wurde zum zweiten und Dr. Martin zum dritten Vorsitzenden gewählt. Die mannigfaltigen über Beisitzer und Heber, Walz, Hofschneider und Schauer. Der Hauptspielausschuß verbleibt in der alten Zusammensetzung, dagegen daß das Ausnahmekomitee mit Grosse, H. Müller und Schwabe ein verändertes Gesicht. Die Angelegenheit Union 92—Preußen wurde dadurch erledigt, daß Union auch in der Verbandsliga verbleibt, so daß in der nächsten Spielzeit drei Mannschaften in die Kreisliga absteigen müssen.

Tennisturnier in Dresden.

Der Sonntag brachte die erste Entscheidung im Herrendoppelspiel um die Meisterschaft von Sachsen. Dr. Matias-G. Schomburgk vermochten die Titelverteidiger Bergmann-Dr. Gast nach hartem Vierzigsatzkampf 6:1, 2:6, 6:1, 6:4 zu schlagen. Im Damenenzelspiel fehlen Frau Heppach und Frau Uhl in der Schlußrunde.

Das Tennisturnier des Berliner Hockey-Clubs in Dahlem wird durch das Wetter sehr gestört. Immerhin konnten einige Spiele bereits bei wolenfrei gespielt werden. In der Tennismeisterschaft der Hockeyspieler sind Dankwardt, Holm, Dr. Arter, Dr. Schreiber und der Favorit Harras am weitesten vorgedrungen. Im allgemeinen Herrenzielgel waren bisher v. Schach, Dr. Knorr, Dr. Rehlaff und der Junior Herb am erfolgreichsten. Bei den Damen sind Frau Mieth, Frau Röhne, Frau Boos, Frau Kothringer und Fräulein Müller die ausschließlichen. In Herrendoppel stehen Dr. Baader, v. Gersdorf, Dr. Rehlaff-Bäuser, Knippenberg-Wilhelm und Dr. Knorr-Harz am ausschließlichen. Im gemischten Doppel verbleiben Frau de Lacroix-Harras, Gräfin v. d. Schulenburg-Windels und Frau Tauwap-Dr. Picard hervorgehoben zu werden.

Kölner Tennisturnier.

In der Vorschlußrunde des gemischten Doppels gab es insofern eine Ueberraschung, als Lüdke-Frau Lent gegen Froitzheim-Frl. Kallmeyer 6:3, 6:2 gewannen. Die Entscheidung des Herreneinzelspiels holte sich Froitzheim über Barras, gegen Kournen-Köln 6:0, 6:0, 6:0. Mit Tomlin als Partner gewann Froitzheim auch den Herren-Doppel 6:1, 6:2, 11:9 gegen die Daten Kösnuten-Glerup. Die Damenmeisterschaft von Köln fiel an Frl. Kallmeyer mit 6:1, 6:2 gegen Frl. Kohnert.

Neue Sportkurse. Motorrad-Kurse beginnen in der Deutschen Hochschule für Leibesübungen — Volkshochschulkurse — mit einer Vorbesprechung am Donnerstag, den 10. Juni, 7 Uhr abends, Bibliotheksstr. 91, bei Reuter & Borchert (am Hochbahnhof Bülowstraße). — Kurse im sportlichen Schwimmen und Rettungsschwimmen beginnen am Mittwoch, den 7. Juni, 6¼ Uhr abends. Lehrstätte: Deutsches Stadion (unweit Untergrundbahnhof Stadion und Bahnhof Westend). Auskunft: Kurfürstenstraße 48, Kurfürst 1309.

Sprachenerwerb

ohne Wörterlernen
ohne gramm. Regeldrill
ohne Wörterbücher

Hier die Beweise

über die erstaunliche Wirkung der neuen psychotechnischen Methode. Da es Sie interessieren dürfte, festzustellen, wie die Bezieher urteilen, bringen wir nachstehend einige bezeichnende

Briefe aus 4 Orten, eingegangen in 2 Tagen.

Aehnliche begeisterte Zuschriften gehen aus allen Orten Deutschlands ein.

Chemnitz, den 1. Februar 1926.
Ich habe mit der Methode Mertner bessere Erfolge erzielt, als in einem fremdsprachlichen Abendkursus. Infolgedessen kann ich meine
vollste Anerkennung
über dieses Werk aussprechen. Dabei bin ich erst kurze Zeit im Besitz dieses Werkes.
Walter Natterer.

Chemnitz, den 1. Februar 1926.
Die Methode Mertner ist die
leichtfaßlichste und sicherste
von allen Methoden, die in Deutschland existieren. Ich habe es bisher mit T. L. N. und B. versucht, aber keine hat mich so gefesselt, wie die Methode Mertner. In der gleichen Weise hat einer meiner Freunde die italienische, französische und englische Ausgabe der Methode Mertner bezogen und sich gleichfalls sehr anerkennend über die Werke geäußert.
Kurt Hübler, Kellner.

Chemnitz, den 1. Februar 1926.
Die Methode Mertner ist auf Grund einer guten
Auswahl des Stoffes eine
angenehme Lektüre.
Ein Unlustgefühl beim Lernen, wie es bei dem schulmäßigen Einpauken der Vokabeln und der Lesen der grammatischen Regeln der Fall ist, stellt sich nicht ein. In kurzer Zeit kommt man sicher zum Ziel.
Rudolf Hänsel, Schlosser.

Chemnitz, den 1. Februar 1926.
Ich befand mich mehrere Jahre in russischer Gefangenschaft. Dort wurden auch Sprachen gelernt, und zwar Französisch und Englisch. In der ersteren Sprache machte ich gute Fortschritte, da ich bereits einige Vorkenntnisse besaß. Dagegen konnte ich in der englischen Sprache nur sehr langsam vorwärtskommen, da ich als Süddeutscher mich mit dem, dem Plattdeutschen ähnelnden Dialekt nur schwer abfinden konnte.
Dank dem sinnreichen Aufbau
der Methode Mertner bin ich nun in wenigen Wochen so weit gekommen, daß ich mich bereits mit einem Engländer oder Amerikaner gut verständigen kann und mich an die Uebersetzung englischer Geschäftsbriefe heranwage.
Ludwig Kohn, Generalvertreter.

Chemnitz, den 1. Februar 1926.
Nachdem ich schon verschiedene Sprachmethoden studiert habe, griff ich zuletzt zur Methode Mertner. Diese hielt das, was ich von ihr erwartet hatte. Ich bin schon jetzt imstande, und zwar
ohne besondere Mühe,
englische Zeitungen und Bücher zu lesen.
Alfred Schüßler.

Dresden, den 1. Februar 1926.
Die Methode Mertner erhält das Interesse des Schülers immer aufrecht. Ich hatte diesen Umstand für sehr wichtig. Sie schafft ferner eine dem
pulsierenden Leben,
so daß jeder, der sich mit diesem Werk befaßt, daß wesentliche Fortschritte macht und dadurch immer von neuem Anregung erhält.
Paul Reinecke, Kaufmann.

Dresden, den 1. Februar 1926.
Ueber die Methode Mertner kann ich
nur Gutes
sagen.
Friedrich Uhlich.

Dresden, den 1. Februar 1926.
Die Methode Mertner stellt alle
übrigen Systeme in den Schatten.
O. Gräßer, Maler.

Dresden, den 1. Februar 1926.
Es ist mir ein Bedürfnis, zu erklären, daß die Methode Mertner
überraschende Wirkungen
auslöst und von schlichter Einfachheit ist.
Kurt Scheer.

Hamburg, den 1. Februar 1926.
Die Methode Mertner ist ebenso interessant wie
leicht faßlich.
Sie ist vorzüglich.
Frau Rita Suchanki.

Hamburg, den 1. Februar 1926.
Mit der Methode Mertner bin ich wirklich äußerst zufrieden. Ich habe
in der Wochen bedeutende Fortschritte
gemacht. Obwohl ich es bereits mit anderen Methoden versuchte, habe ich die überraschenden Ergebnisse nur mit der Methode Mertner erzielt.
Hedwig Burchardt,
Postassistentin a. D.

Leipzig, den 1. Februar 1926.
Ich bin mit der Methode Mertner sehr zufrieden. Das
Lernen nach diesem Werk ist ein Vergnügen.
Ich habe schon verschiedene Systeme probiert, aber mit keinem den Erfolg in diesem Maße erzielt.
H. Lüle, Kaufmann.

Leipzig, den 1. Februar 1926.
Ich hatte Gelegenheit, zu beobachten,
wie begeistert der Schüler
den in der Methode Mertner vorgeführten Stoff verfolgt. Jedes etwaige Mißtrauen gegen dieses Werk ist schon in den ersten Stunden behoben.
Rud. Fischer, Privatlehrer.

Leipzig, den 1. Februar 1926.
Der Erfolg der Methode Mertner liegt im ganzen Aufbau des Werkes und in der Wahl der angewandten Mittel. Es ist eigentlich
kein Lernen nötig.
Die endlosen Vokalreihen anderer Sprachmethoden werden einem hier erspart. Nach einigen Zonen — bei 15stündiger Arbeit — war ich schon imstande, den „Heraldo de Madrid" zu lesen. Vor allem gewinnt die Methode auch noch dadurch, daß sie
nicht schulmäßig aufgebaut
ist, sondern den Gegenwartsmenschen auch mit der modernen Zeit und der Gegenwartssprache des fremden Volkes vertraut macht.
A. Burghardt,
Uffz. beim Stab des J.-R. 11.

Leipzig, den 1. Februar 1926.
Ich bin mit der Methode Mertner sehr zufrieden. Vor allem liegt die abwechslungsreiche Lektüre, zusammengesetzt aus Zeitungsausschnitten und neuen Erzählungen, einer
Ermüdung nicht aufkommen.
Mat hat dabei
nicht das Gefühl des Lernens,
sondern das der angenehmen Zerstreuung unterhaltender Lektüre.
Fritz Wurzler, Bankbeamter.

Leipzig, den 1. Februar 1926.
Nachdem ich nach der Methode T. L. N. ein Jahr lang studiert hatte, tauchte ich mir eine französische Zeitung, um zu sehen, ob ich den Zusammenhang erfassen könne. Ich konnte aber nur einzelne Wörter verstehen. Dann habe ich vier Wochen nach der Methode Mertner gearbeitet und nahm die gleiche Zeitung wieder in die Hand. Jetzt konnte ich
nicht nur jedes Wort, sondern auch den Zusammenhang begreifen.
Ueber diesen Erfolg hatte ich eine berechtigte Genugtuung. Jetzt werde ich mit noch die Werke „Spanisch" und „Italienisch" zulegen.
Alfred Schlott.

Chemnitz, den 2. Februar 1926.
Die Methode Mertner bedeutet für mich eine angenehme Lektüre. Das sonst so lästige Nachschlagen im Wörterbuch fällt dabei fort. Auf diese Weise wird auf einfache, natürliche Art
das Sprachgefühl entwickelt.
Martin Meichsner,
Gewerbeoberlehrer.

Chemnitz, den 2. Februar 1926.
Schon ein kurzer Einblick in die Methode Mertner genügte mir zu der Feststellung, daß dieses Werk der einzig richtige Weg zur Erlangung von Sprachkenntnissen ist. Einer meiner Freunde besitzt gleichfalls ein derartiges Werk, und zwar die Ausgabe „Spanisch". Er erklärte mir, daß dieser Methode der erste Platz unter allen anderen gebühre. Die Methode Mertner
ist ein Juwel auf dem Gebiet des fremdsprachlichen Fernunterrichts.
Schade um die kostbare Zeit, Geduld und Willenskraft, die bisher nutzlos verschwendet wurden an den früheren Methoden.
Jos. Schlad.

Chemnitz, den 2. Februar 1926.
Nach langem Suchen habe ich in der Methode Mertner endlich das gefunden, was ich suchte. Der systematische Aufbau dieses Werkes ermöglicht es ohne viel Mühe, sich nach kurzer Zeit mit dem übrigens sehr interessanten Lesestoff so vertraut zu machen, daß das
zeitraubende Nebenlernen vollständig wegfällt
und das Studieren Spaß macht. Auch für Fortgeschrittene ist die außerordentlich wertvolle Methode Mertner sehr zu empfehlen, denn sie gewährleistet sicher den gewünschten Erfolg.
Alfred Schindler,
Verwaltungsoberwärter.

Chemnitz, den 2. Februar 1926.
Ich muß gestehen, daß ich von dem Aufbau der Methode Mertner überrascht bin. Was dieses Werk von anderen Lehrbüchern unterscheidet, ist die Tatsache, daß das
Lernen ein Vergnügen
wird und in kürzester Zeit sichtbare Erfolge bringt. Man legt die Methode Mertner nicht nieder, wie es meist mit den mit grammatikalischen Regeln vollgepfropften Lehrbüchern geschieht. Man arbeitet sich im Gegenteil mit dem gleichen Eifer weiter, wie wenn man eine spannende Lektüre liest.
Karl Heber.

Dresden, den 2. Februar 1926.
Ich werde leider oft beim Studium gestört. Trotzdem habe ich mit der Methode Mertner
recht achtbare Fortschritte gemacht.
Durchschnittsmenschen ist es möglich,
nach diesem System eine fremde Sprache zu erlernen. Ich meinerseits bin sehr zufrieden.
Ernst Lorenz, Buchbinder.

Dresden, den 2. Februar 1926.
Ich finde die Methode Mertner ganz ausgezeichnet und kann sie jedermann, der eine fremde Sprache erlernen will, nur empfehlen. Sie ist wirklich nach
praktischen Gesichtspunkten aufgebaut,
leicht verständlich und spornt zum Lernen immer wieder an, so daß man sich vorwärtstommt. Auch der Inhalt ist sehr anregend. Vermittels der
sinnreich erdachten Lautschrift
eignet man sich eine gute Aussprache an.
W. Hetzler.

Hamburg, den 2. Februar 1926.
Die Methode Mertner ist das Vollkommenste und Natürlichste, was auf diesem Gebiete zurzeit überhaupt existiert. Gerade meine Kollegen, die durch ihren Beruf gezwungen sind fremde Sprachen zu beherrschen, dürften sich für dieses Werk lebhaft interessieren. Die Methode Mertner ist so
interessant und leicht faßlich,
daß sie nicht ermüdet.
W. Buschold, Artist.

Hamburg, den 2. Februar 1926.
Die Methode Mertner ist die Methode. Nach meinen Erfahrungen mit anderen Systemen ging ich mit großer Skepsis an dieses Werk heran. Mit Freude konnte ich bald feststellen, daß ich durch „Mertner" nur
angenehm überrascht
wurden bin. Nur nach der Methode Mertner sollte jeder lernen, der eine fremde Sprache erfassen will.
Hugo Jenkel, Kaufmann.

Hamburg, den 2. Februar 1926.
Ich habe die Methode Mertner allen meinen Freunden und Bekannten, die nur Volksschulbildung besitzen und sich, um
im Staatsdienst vorwärts
zu kommen, zur Prüfung für Obersekunda, Primareife oder Abitur vorbereiten, empfohlen. Ich bedaure nur, daß ich die Methode Mertner erst kennen lernte, als ich schon erhebliche Beträge für andere Lehrbücher geopfert hatte, die mich fast gar nicht mehr in der gewünschten Weise vorwärts brachten.
Fürst, Polizeileutnant.

Hamburg, den 2. Februar 1926.
Durch meine Lätisten kommt ich auf Schiffe aller Nationen. Auf die Methode Mertner aufmerksam gemacht, habe ich mir dieses Werk kommen lassen. Ich machte dabei die Feststellung, daß die fremde Sprache auf direktem Wege,
genau so wie im persönlichen Verkehr,
übermittelt wird.
E. Horn, Schiffsmaschinist.

Hamburg, den 2. Februar 1926.
Die Methode Mertner ist
ein Wunderwerk,
und das mit Recht. Wenn man kaum die ersten Seiten gelesen hat, bekommt man Vertrauen, und je weiter man fortschreitet, um so größer wird dasselbe. Es ist ein Vergnügen, die Methode Mertner durchzuarbeiten.
Heinrich Kettenbeil.

Leipzig/Co., den 2. Februar 1926.
Obwohl ich mich erst seit drei Wochen mit der Durcharbeitung der Methode Mertner beschäftige, kann ich heute schon sagen, daß ich mit ihr in dieser kurzen Zeit erzielten Erfolgen äußerst zufrieden bin. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich die Methode Mertner für das Beste halte, was zurzeit auf sprachwissenschaftlichem Gebiet existiert. Man muß sich eigentlich wundern, daß diese Methode, die doch
der natürlichste und leichteste Weg zu Erlernung fremder Sprachen
ist, erst jetzt die Verdienste allgemeiner Beachtung und Anerkennung findet.
Dr. Fritz Lauch, Volkswirt N.D.W.

Leipzig, den 2. Februar 1926.
Ich bin mit der Methode Mertner äußerst zufrieden. Vor allen Dingen möchte ich hervorheben, daß man — im Gegensatz zu anderen Methoden — keine übermenschliche Energie besitzen muß, um das Werk völlig durchzuarbeiten. Die Methode Mertner ist jedenfalls für die
schnelle Erlernung einer fremden Sprache
die einzig richtige.
Hans Busse, stud. rer merc.

Leipzig, den 2. Februar 1926.
Es steht fest, daß die Methode Mertner trotz ihrer besonderen Methoden, die das Interesse nach und nach abschwächen, schließlich abweicht und ein
Studieren nach „Mertner" angenehm
ist.
Anton Jaufe, Direktor.

Leipzig, den 2. Februar 1926.
Nachdem ich trotz mühsamen Auswendiglernen nach anderen Methoden keinen nennenswerten Erfolg erzielen konnte, habe ich mir die Methode Mertner angeschafft. Jetzt bin ich in kaum drei Monaten so weit vorwärtsgekommen, daß ich mich
mit Ausländern gut unterhalten
kann. Ich werde demnächst eine Auslandsreise unternehmen.
Fritz Ebock.

Leipzig, den 2. Februar 1926.
Ich habe die Ueberzeugung, daß die Methode Mertner die einzige richtige Lehrweise ist, nach der jeder Mensch, der eine fremde Sprache lernen will,
vollen Erfolg haben muß.
Die Methode Mertner ist so klar und verständlich gehalten, daß sich
jedermann ohne Mühe zurechtfindet.
Ich bin mit diesem Werk sehr zufrieden und solle dem Verfasser meine vollste Anerkennung.
Therese Frommater.

Wir bieten Ihnen Gelegenheit, die einzigartige

Methode Mertner

(Psychotechnischer Spracherwerb auf mechanisch-suggestiver Grundlage) kennen zu lernen, ohne daß Sie hierfür einen Pfennig benötigen. Unterstreichen Sie auf nebenstehendem Verlangzettel, für welche Sprache Sie sich interessieren — bisher erschienen die Ausgaben: Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch —, und Sie erhalten von uns

kostenlos und portofrei

alles nötige Material über Aufbau usw. nebst Proben übersandt.

Verlang-Zettel.

Der Unterzeichnete interessiert sich für fremde Sprachen und möchte ohne jede Verbindlichkeit die Methode Mertner, und zwar die Ausgabe: Englisch, Französisch, Spanisch, Italienisch (Zutreffendes unterstreichen) kennen lernen.

Der **Auslese-Verlag, München 481, Friedrichstr. 18,** wird ersucht, sofort

kostenlos und portofrei

alles aufklärende Material zu senden an:

(Deutliche Adresse)

Vor- und Zuname: _____

Beruf: _____ Ort: _____

Datum: _____ Straße: _____

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 8. Juni 1926.

Neue Polizeiverordnung über den Straßenverkehr.

Weitere Verkehrsstraßen 1. und 2. Ordnung. — Einbahnstraßen auch in den Vororten.

Der Berliner Polizeipräsident hat eine neue Polizeiverordnung erlassen, die, abgesehen von kleinen Änderungen, im wesentlichen eine übersichtliche Zusammenfassung aller Polizeivorschriften über den Straßenverkehr bildet. Es werden darin zunächst die zur Regelung des Straßenverkehrs geschaffenen Einrichtungen, wie Verkehrsströme, Signale, Schutzlinien, Parklinien, Schutzwege, Schutzinseln erläutert. Aus den Bestimmungen über den Fahrzeugverkehr sind die über das Vorbeifahren von Fahrzeugen an Haltestellen hervorzuheben, die noch immer nicht genügend beachtet werden. Danach ist in allen Straßen das Halten der Fahrzeuge innerhalb eines Raumes von 5 Meter vor und 5 Meter hinter den Haltestellen der Straßenbahn und der Kraftomnibusse verboten. An den an einer Haltestelle haltenden Straßenbahnen darf nur in Schrittgeschwindigkeit und nur in Abstand von mindestens einem Meter von der Straßenbahn vorbeigefahren werden. Kann dieser Abstand nicht innegehalten werden, so ist das Vorbeifahren verboten.

Das der neuen Polizeiverordnung beigefügte Verzeichnis der Verkehrsstraßen 1. Ordnung, in denen das Wenden der Fahrzeuge, das Durchfahren von Lastwagen und das längere Halten von Personenfahrzeugen von 3—7 Uhr nachmittags verboten ist, weist eine neue Straßen und Plätze auf, so den Augusta-Viktoria-Platz (um die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche), den Kurfürstendamm zwischen Augusta-Viktoria-Platz und Uhlandstraße, die Neue Promenade zwischen Hackescher Markt und Zwinglistraße, sowie die Viktoriastraße zwischen Tiergartenstraße und Margaretenstraße. Als Verkehrsstraßen 2. Ordnung, in denen nur im Bogen gewendet werden darf, sind u. a. neu hinzugekommen: der Axonische Platz, die Große Frankfurter Straße, die Joachimsthaler Straße, soweit sie nicht Verkehrsstraße 1. Ordnung ist, die Kaiserallee, der Kaiser-Franz-Joseph-Platz, der Platz am Zeughaus und die Schloßbrücke.

Neue Einbahnstraßen sind u. a. geworden: der Axonische Platz (Umfahrt von der Königgrätzer Straße an der Bernburger Straße vorbei zur Schöneberger Straße), das falsche Ufer von der Königgrätzer zur Schöneberger Straße, die Mockernstraße vom Tempelhofer Ufer zur Yorkstraße und das Tempelhofer Ufer von der Schöneberger Straße zum Mückerplatz. Dagegen ist als Einbahnstraße weggefallen: die Schumannstraße von der Albrecht- zur Luisenstraße. Neu ist das Verzeichnis der Plätze mit Kreisverkehr. Als solche sind in Berlin gegenwärtig vorhanden: der Belle-Alliance-Platz, der Friedrich-Wilhelm-Platz in Friedenau, der Große Stern im Tiergarten, der Kemperplatz, der Königsplatz am Tiergarten, der Reichskanzlerplatz in Westend, der Schloßplatz in Berlin und der Viktoria-Luise-Platz.

In gleicher Zeit hat der Polizeipräsident an Stelle der bisherigen Verordnung eine zusammenfassende Polizeiverordnung über das Aufstellen von Fahrzeugen vor Theatern, Kirchen, Varietés, Kongresssälen, Lichtspielhäusern und dergl. erlassen. Für eine Reihe von Theatern werden überdies besondere örtliche Bestimmungen getroffen.

Die Elternbeiratswahlen.

Das Wahlergebnis der Elternbeiratswahlen in Groß Berlin ist im Laufe des Montags überschritten geworden. Es sind bis Montag abend die Meldungen von 400 Schulen eingetroffen, nach denen in Groß Berlin gewählt sind: 203 christlich-unpolitische, 161 sozialistische und 157 kommunistische Vertreter. Das sind von rund 350 weltlichen Sitzen an den Berliner weltlichen Schulen zu rechnen. Interessant ist, daß an den 21 konfessionellen Schulen in Neukölln keine einzige Kommunist gewählt wurde. Den 199 Christlich-Unpolitischen stehen hier lediglich 81 sozialistische Sitze gegenüber. Auch der Bezirk Tempelhof hat den Freunden der weltlichen Schule eine Ueberraschung gebracht. An 76 Schulen (es fehlt noch die Nachricht aus zwei Schulen) sind 108 Christlich-Unpolitische, 50 Sozialisten und 4 Kommunisten gewählt.

In Königsberg i. Pr. wurden 418 Kandidaten der Christlich-Unpolitischen und 72 der proletarischen Einheitsliste gewählt. In Hannover stehen 305 Christlich-Unpolitische 178 Sozialisten gegenüber.

Protest aus Friedenau.

In einer Versammlung im kirchlichen Gemeindehaus haben die Bürger des Friedenauer Ortsteiles des Bezirks XI folgende Entschließung gefaßt und sie dem Bezirksamt Berlin-Schöneberg und dem Magistrat von Berlin übermittelt: Die Anwohner des Friedrich-Wilhelm-Platzes, die Einwohner des Friedenauer Ortsteiles des Bezirks XI der Stadt Berlin und die Vertreter der Friedenauer Ortsvereine erheben schärfsten Einspruch gegen die Verschandelung und Schmälerung der Anlagen des Friedrich-Wilhelm-Platzes. Die Anlagen des Bürgervereines und die Schaffung eines besonderen Bahnkörpers für die Straßenbahn erhält die bereits vorhandene Gefährdung der Publikums, namentlich der den Spielplatz benutzenden Kinder und der in den Anlagen Ruhe und Erholung suchenden älteren Einwohner, beim Ueberschreiten der Geleise und Straßendämme des Platzes. Auch wird die Ruhestörung der Gleise an die Kirche eine vermehrte Störung der Gottesdienste in Gefolge haben. Die Versammlung ersucht das Bezirksamt, alle gesetzlichen Mittel zu ergreifen, um die Ausführung dieses Planes der Straßenbahn und des Berliner Magistrats zu verhindern und das Recht der Bezirke, über ihre örtlichen Angelegenheiten selbst zu befinden, mit Entschiedenheit zu wahren.

Der Fußball und die Frau aus dem Volke.

Nach dem zweiten Entscheidungsspiel um die Fußballmeisterschaft zwischen Hertha-B.S.C. und Norden-Nordwest drängen sich 25 000 Menschen durch die engen Zugangswege vom Hertzplatz zum Bahnhof Gesundbrunnen. Besonders schwer verstehen ist man es längst der Rettermand, die zur Sminemühler Brücke führt, denn hier werden Männer und Frauen auf ihrem Heimweg aus der Stadt festgeklemmt und müssen den Versuch, gegen den Strom zu schwimmen, als hoffnungslos aufgeben. Mein Begleiter, ein Sachse, bewundert die Ruhe und Friedlichkeit der Berliner: „Bei uns herbeeme dähden sie sich längst haun!" Gleich darauf liefert uns eine Arbeiterfrau, die verunglückt festgestellt ist und weder vor- noch rückwärts kann, einen schlagenden Beweis von Gemütsruhe und Mutterwitz. Sie hat sich eine ganze Welle im stillen gewundert über die endlosen Männermassen, an einem Wochentagsabend, nur eines Fußballspieles wegen. Jetzt faßt sie ihr Erstaunen in einen lapidaren Satz zusammen: „Un der alleens wejen eenen Ball!"

A. H.

Professor Hermann Weihe †.

Der ordentliche Professor an der Technischen Hochschule Charlottenburg, Hermann Weihe, ist am Montag im Alter von 56 Jahren plötzlich gestorben. Weihe war als Lehrer des Bauingenieurfaches tätig und hat sowohl im Eisenbahnbau wie bei den Hafenerweiterungsbauten in Bremen Hervorragendes geleistet. Sein Handbuch der Ingenieurwissenschaften gilt als grundlegendes Werk in der technischen Literatur.

Tödlicher Verkehrsunfall.

Auf der Straße Adlershof—Oberschöneweide erlitt bei einem Zusammenstoß mit einem Lastkraftwagen die auf dem Motorrade ihres Mannes sitzende 25jährige Frau Margarethe Sager auf der Elsbethstraße einen Schädelbruch und starb auf dem Transporte in das Augusta-Hospital.

Die Gerichtsverhandlung am Krankenbett.

Das Gericht, Gerichtsrat Professor Dr. Strauch und die Verteidiger trafen am Montag gegen 12 Uhr in Nowaweisen in der Wohnung Kutiskers ein. Um der Form zu genügen und die Oeffentlichkeit herzustellen, trat der Besitzer von der Kneipe herbeiter und rief: „Kacke Kutisker. Angeklagter und Zeugen eintreten". Man begab sich dann an das Krankenbett Kutiskers. Professor Strauch nahm an seinem Bett Platz. Der Vorsitzende stellte dann fest, daß der Angeklagte und Zeugen nicht erschienen seien, und ersuchte hierauf die Verhandlung. Die Sitzung befand nur darin, daß der Vorsitzende mitteilte, auf Antrag der Staatsanwaltschaft solle der Zeuge Ettke im Zuhörerraum noch einmal protokollarisch vernommen werden, wozu die Unmöglichkeit, Kutisker vorzuführen, sei. Kutisker erklärte sich einverstanden, was auch die Verteidigung billigte. Als der Vorsitzende dann die Verhandlung auf Donnerstag vertagen wollte, begann Kutisker leise und abgebrochen zu sprechen: „Was denken Sie bei denn? . . . Donnerstag? . . . Ich habe hier ich schon tot. Ich habe getrümmt und meine Mutter gesehen. Donnerstag bin ich schon tot. Professor Dr. Strauch beruhigte Kutisker, und auch der Vorsitzende erklärte ihm, daß er sich schon wieder erholen werde. Die Verhandlung wurde hierauf endgültig vertagt, und zwar auf Donnerstag 5/10 Uhr, wo sie wieder in der Wohnung Kutiskers stattfindet.

Unglück in einem Steinbruch.

dr. Bingerbrück, 7. 6. (Eigenbericht).

In einem Granitsteinbruch bei Neubamberg waren Sonntagnachmittag zwei Arbeiter mit der Fertigstellung einer Sprengladung beschäftigt, als sich plötzlich aus bedeutender Höhe ein schwerer Felsblock löste und mit ihnen in die Tiefe stürzte. Zwei Arbeiter wurden dabei auf der Stelle getötet, zwei andere lebensgefährlich und zwei weitere leichter verletzt.

400 Unwettermeldungen in Berlin.

Hochbetrieb bei Feuerwehr und Rettungsamt.

Die drei katastrophenartigen Gewitter, die am Montagnachmittag über die einzelnen Ortsteile Groß Berlins niederzingen, hatten überaus zahlreiche Ueberschwemmungen und Wolkenbrüche zur Folge. Besonders schwer wurden die Straßen des Ostens, Nordostens und auches Zentrums heimgesucht. Allein bei der Feuerwehr, bei der „Rettung" und „Polizei" reklamiert war, liefen im Laufe dieses stürmischen Nachmittags 400 Meldungen ein. Kellerüberschwemmungen größeren Stils beschäftigten besonders die Feuerwehren im Nordosten. Auch der Blitz hatte hier auf den Straßen und in mehreren Anlagen Schäden angerichtet, die die Feuerwehr beseitigen mußte. Ernstere Unfälle hatten sich in diesen Stadtteilen glücklicherweise nicht ereignet.

Dagegen wurde in Friedenau durch den Blitzschlag in einen Straßenbahnmast eine panikartige Aufregung unter den Fahrgästen hervorgerufen, die einen schweren Unfall zur Folge hatte. Der Blitz schlug an der Cöln-Hauptstraße und Freyschstraße in einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 44 ein. Obwohl jeder Mast eines Straßenbahnwagens mit Blitzableitern versehen ist und der Fußschalt in ihm bei Ungewitter daher die beste Zuflucht bietet, war doch eine starke Detonation und Erschütterung der Wagenkastens zu bemerken, als der Blitz einschlug. Diese Fahrgäste glaubten im ersten Augenblick, es habe einen Zusammenstoß gegeben, und sprangen erregt von ihren Plätzen auf. Besonders einiger Frauen bemächtigte sich eine große Aufregung. Eine von ihnen sprang von dem fahrenden Wagen ab und blieb mit schweren Verletzungen liegen. Ein Wagen des Rettungsamtes brachte die Bewußtlose (Anna Hausmann aus der Martin-Luther-Straße 72), die sich einen Beinbruch und eine schwere Nervenlähmung zugezogen hatte, nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus in Schöneberg. Ein anderer weiblicher Fahrgast (Fräulein Neumann aus Steglitz) erlitt einen Nervenchoc und wurde nach der nächsten Rettungsstelle gebracht.

Ein zweiter ernster Unfall ereignete sich auf einem Neubau an der Kärnter- Ecke Lothar-Bucher-Straße in Steglitz. Der 44 Jahre alte Maurer Hermann Schönefeld wurde vom Blitz getroffen und erlitt eine schwere Lähmung. Ein Wagen des Rettungsamtes brachte ihn ebenfalls nach dem Augusta-Viktoria-Krankenhaus.

Die wolkenbruchartigen Niederschläge wurden durch einen Gewittersturm hervorgerufen, der sich in südwestlicher Richtung von Nordrandbomburg bis Posen hinzog. Die Bildung dieses Gewitterstreifens wurde bewirkt durch die warme Luft, die von Osten bis zur Mark Brandenburg heranschwenkte. Diese warme Luft drang langsam bis Süden vor und führte mittags in der Gegend zwischen Magdeburg und Frankfurt a. O. an mehreren Stellen zu Gewittern. Die stärksten Gewittererscheinungen zeigten sich in der Linie zwischen Berlin und Frankfurt a. O. Sie begannen kurz nach 1 Uhr.

Ein Heim für erblindete Offiziere.

dr. Bad Nauheim, 7. 6. (Eigenbericht).

Das Wohlfahrtsministerium in Berlin hat das hiesige Ritterhaus gemietet, um es als Heim für erblindete Offiziere einzurichten. Die Uebernahme soll im September stattfinden.

In Altona erschoß ein Polizeiobermeister, der mit der Tochter eines Eisenbahnbeamten verlobt war, mit der Dienstpistole seine Verlobte aus Eifersucht. Darauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und verwundete sich schwer.

Am Weiterschicht der Zeche Mathias bei Minden erlangen schlagende Wetter am Entzündung, wodurch der Bergmann Grew, dem die Bewachung einer Preßluftpumpe oblag, getötet wurde.

Rundfunk

Berlin. (Welle 504 und 571.) 12 Uhr: Die Wiederbunde für den Landwirt. 3,45 Uhr: Stunde mit Kindern. 5 Uhr: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. 6—6,30 Uhr: Zeitmuß der Kapelle Marek Weber. Uebertragung aus dem Hotel Adlon. 7 Uhr: Englisch. 7,30 Uhr: Prof. Dr. Georg Wegener: „Eine Wanderung durch deutsche Gaue". 7,55 Uhr: Prof. Dr. W. Beum: „Weltwirtschaftliche Neubildungen". 8,30 Uhr: Konzert des Berliner Funkorchesters. Einleitende Worte: Rudolf Bahnen. 1. Vorchoven: Konzert C-Moll, op. 37 (Allegro con brio — Largo — Rondo, Allegro). Solist: Wilhelm Backhaus. IX. Sinfonie (Andante con moto — Im Tempo eines gemächlichen Landlers — Rondo, Allegro assai — Adagio).

Königswusterhausen. (Welle 1300.) 3—3,30 Uhr: Sportfunk für Anfänger. 3,30—4 Uhr: Tierkunde v. Nöllings: „Die Geschmacksbildung der Verkäuferin". 4—4,30 Uhr: Gewerbekunde v. Wipf: „Die Berufsschule für Köche". 4,30—5 Uhr: Mitteilungen des Deutschen Bauernfunks. 5—5,30 Uhr: Margarete Bartz: „Sommerfrischen". 8,30 Uhr: Konzert des Berliner Funkorchesters. Uebertragung aus Berlin.

Die Ueberschwemmungen.

Schwere Schäden im Donau- und Neckartal.

tg. Stuttgart, 7. 6. (Eigenbericht.)

In Württemberg hat das Hochwasser, das jetzt langsam nachläßt, große Verheerungen angerichtet. Die Zeppelin-Werft in Friedrichshafen ist wieder frei, doch müssen die unteren Stockwerke von Lagerräumen werden. Zwei Doppelwohnhäuser, die 1920 nach Erdbebenbesichtigung gebaut worden sind, sind vollständig ausgebrannt. Die Feuerwehr hat durchweg worden sind. Die Insassen mußten aus den Fenstern geholt und durch das strömende Wasser getragen werden. Ebenso Schlimm hat das Hochwasser im Donautal bei Ulm gehaust. Die Donau ist innerhalb 24 Stunden um 2 Meter gestiegen. Zahlreiche Ortschaften stehen unter Wasser. Im Markertal hat das Hochwasser mehrere Dörfer überflutet und Notbrücken weggeschwemmt. In Kiebers ist das Wasser in die ersten Stockwerke der Häuser eingedrungen.

Verkehrsstörungen in Rumänien.

x. **Bukarest,** 7. 6. (Eigenbericht.)

Starke Regenfälle, die im ganzen Lande niedergingen, haben verschiedentlich Verkehrsstörungen verursacht, so zum Beispiel, wie die im Prahovoma- Gebirge Sinaia-Predeal-Klausenburg und die Jassyer Linie, blieben davon nicht verschont. Die Züge werden zum Teil auf Nebenlinien geführt und treffen mit Verspätung ein. Auch verschiedenen Gegenden werden starke Ueberschwemmungen gemeldet. Die Stadt Ploesti steht zum Teil unter Wasser.

Bergwerkseinsturz infolge der Regengüsse.

dr. Halle, 7. 6. (Eigenbericht.)

Infolge der gewaltigen Regengüsse erfolgte heute auf der der Wettiner Steinkohlengrube Bruchdorf des Bruckdorf-Nietleben Bergbauvereins ein großer Streckenbruch, durch den der gesamte Tagbau verschlammt wurde. Die Wasserzufuhr ist bis jetzt noch gesperrt. Der Schaden ist sehr groß. Die Förderung muß vorläufig einige Zeit eingestellt werden. Von der Direktion war Näheres noch nicht zu erfahren.

Bei Ottenburg fing infolge der Regengüsse in den letzten 24 Stunden die Mulde um 3½ Meter. Weiden und Aecker der Niederung wurden weithin überflutet. Zahlreiche Keller sind überschwemmt. Der Fließ führt viele Planken und Balken mit. Die Ernteaussichten sind trotz Blütz mit sich, ein Beweis, daß das im Oberlauf auftretende Hochwasser Verheerungen angerichtet hat.

Der Breslauer Doppel-Lustmord.

rer. **Breslau,** 7. 6. (Eigenbericht.)

Zu dem grauenhaften Verbrechen, dem die beiden Kinder Hans und Ilse Jäschke zum Opfer fielen, erfahren wir weiter folgendes: Noch in der Nacht sind auf dem Polizeirevier die Berichte eines Zeugen, der die Kinder gefunden hatte, und der Mutter der ermordeten Kinder statt. Die Wütige Fehle konnte von folgendem Verbrechensversuch berichten machen: Am Freitag nachmittag wurde sie von ihrem elfjährigen Sohne Otto, ganz im Gegensatz zu seinem sonstigen Verhalten, ungewöhnlich warmt, da doch mit einem neuen Freunde fortgehen wollte. Vorher hatte er ihr Kleid hervorgesucht, antwortete das Kind ausweichend. Die Mutter gab darauf ihre Einwilligung nicht. Dann fiel ihr auf, daß der Junge mehrmals versuchte seinen Weg mehr allein gehen wollte, sondern sich immer eine seiner Schwestern, besonders die jüngere Marie mitnehmen wollte. Verdächtig ist es der Mutter auch am Sonnabend nachmittag vorgekommen, daß Otto es mit seinem Fortkommen besonders eilig hatte. Die Mutter ging nach hat der Täter die Kinder auf dem Wege zum Paketpostamt, zu dem sie von der Mutter geschickt worden waren, mit Bonbons und Versprechungen. Es liegt nach alledem sehr im Bereich des Wahrscheinlichkeit, daß der Täter den Knaben schon einige Tage kannte. Er wird ihn erst unter Drohungen oder Versprechungen zum Gehorsam und zum Verschweigen der Bekanntschaft der Mutter gegenüber verpflichtet und dann von ihm verlangt haben, die Schwester mitzubringen. Wenn und wo das Kind geschlagen ist, ist noch dahin. Jedenfalls scheint das Zusammentreffen auf dem Wege zum Paketpostamt ein Zufall zu sein. Bemerkenswert ist, daß der Wahrscheinlichkeit hatte der Mörder die Absicht, die Leichenteile in die Oder zu werfen. Der Fundort des Kopfes und der Beine ist ein wenig weiter vom Fluß entfernt. Der Täter hatte den beiden Fundorten der Körperteile überscheiten und noch ein Stück des Weges hinabgetragen müssen. Bei Ausführung der Absicht ist er, wie man aus der Lage des Sackes entnehmen kann, durch die Ortschaften ebenso wie sich selbst nicht gescheut, und zwar eigenartigerweise in Zimmel. Die Leichenteile waren

8. Juni 1926 **Deutsche Allgemeine Zeitung** Nr. 260. Beiblatt

Polnische Monarchisten auf der König-Suche.

Der Papst lehnt eine Vermittlung ab.

fr. **Mailand**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Seit mehreren Tagen, so berichtet der „Secolo", befinden sich einige Polen in Rom, die mit der polnischen Gesandtschaft nichts zu tun haben wollen. Aus ihren Absichten machen sie durchaus kein Hehl und erklären offen ihnen, ein Oberst Miklaszewski, gab, wie es sich heute gehört, ein Interview mit allerwertvollsten Informationen. Es gingen:

„Pilsudski ist ein ehrenwerter Mann, aber früher oder später wird Polen sich aus einer Republik in eine Monarchie umwandeln müssen. Pilsudski weiß zwar von unserer Mission nichts, aber wir setzen das Vertrauen in seinen Patriotismus, daß er die notwendige Entwicklung nicht verhindern wird."

Vor einigen Tagen haben diese Polen dem Prinzen Sixtus von Bourbon wieder einmal die polnische Krone angetragen, aber er hat leider zum zweiten Male abgelehnt, obwohl sich die französische Regierung für die monarchistische Restauration in Polen bei dem ersten Angebot an den Prinzen Sixtus deutlich ausgesprochen haben soll. Nach dieser zweiten Ablehnung durch den Bourbonen haben die politischen Monarchisten bei Papst Pius XI. um seine Vermittlung gebeten, aber der Papst sagte nein; er wolle sich nicht in die innerpolitischen Angelegenheiten Polens einmischen, die zum Bürgerkrieg und Blutvergießen führen könnten. Prinz Sixtus gelegt sich übrigens recht unobehalten: er habe nicht den mindesten Ehrgeiz, eine Krone zu tragen, und trotzdem seien ihm drei Kronen angeboten worden, die von Polen, von Ungarn und von Albanien. Daraufhin haben sich die Polen noch an seinen Bruder, den Prinzen Franz Xaver, gewandt, der ebenfalls ablehnte, ferner an den Prinzen Christoph von Griechenland, der mit einer reichen Amerikanerin verheiratet, in Rom lebt. Dieser sagte den Bittstellern, daß auf seinem kahlen Schädel keine Krone sitzen würde. Er ziehe das Leben eines Grandseigneurs in Rom den politischen Ungewissheiten in Warschau vor. Nun habe noch Prinzen Nikolaus von Rumänien endlich soll nicht abgeneigt gewesen sein und ebenso wenig seine ehrgeizige Mutter, aber da er jetzt noch dem Thronverzicht des Kronprinzen Carol der einzige ernsthafte Prinz in Rumänien ist, mußte er auch ablehnen. Die Polen hoffen jetzt auf England und auf den Prinzen von Connaught.

„La comédie française."

seb. **Genf**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Eine bezeichnende Einzelheit aus der heutigen Beratung der Unterkommission A der vorbereitenden Abrüstungskommission zeigt deutlich die französische Auffassung. Frankreich hat ein Exposé über die Luftsicherheitsfrage vorgelegt, und man hat vorgeschlagen, daß man in Paris die Militärpolitik während der Mobilisierung als defensive Waffe ansehen möchte. Dieser Gedanke fand nicht einmal bei den nächsten Freunden Frankreichs Anerkennung, und man hat hinzuzufügen, daß während der Mobilisierung die Luftwaffe einen gemischt defensiven und offensiven Charakter habe.

Tschechische Entschuldigung in Rom.

fr. **Mailand**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Die tschechische Regierung hat durch ihren Gesandten in Rom an die italienische Regierung ihr offizielles Bedauern über die ungehörigen Bemerkungen ausgesprochen, die der Präsidentes des tschechischen Senats Soukup gegen Mussolini in einer Rede gemacht hat.

Ein Propagandamärchen widerlegt.

Europäische Instrukteure für die Rifarmee gab es nicht.

Tanger, 7. 6. (Sonderdienst der DAZ).

Abd el Krim und sein Bruder Si-Mahomed wurden am Sonnabend bei Tagesanbruch nach Fez in das für ihren Aufenthalt eingerichtete Haus gebracht. Ihre Ankunft blieb fast unbemerkt. In den Dschebala-Distrikten finden fast gar keine Gefechte mehr statt, und es scheint, daß die Stämme jetzt wissen, was sich zugetragen hat. Vertreter der Stämme trafen in Tanger ein und haben sich von dem Ernst der Lage Rechenschaft gegeben. Sie werden nachts die spanischen Linien wieder kreuzen und ihren Landsleuten berichten.

Es stellt sich jetzt heraus, daß alle spanisch-französischen Meldungen über die europäischen Instrukteure der Rifarmee falsch waren. Mit Ausnahme von zwei oder drei Deserteuren aus der Fremdenlegion sind keine Europäer entdeckt worden. Für die französischen und spanischen Truppen ist dieses ein schwacher Trost, die Erfolge Abd el Krims Englandern, türkischen Paschas, Sowjetagenten und deutschen Offizieren zuzuschreiben. Auch die Telephonlinien sind im Rif von Eingeborenen zerstört worden, die früher im Algerischen Telephondienst beschäftigt gewesen waren.

Vorzahlungen oder Sachlieferungen?

a. **Paris**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Der „Matin" bringt heute in besonderer Aufmachung in ziemlich bestimmter Form „als sehr angenehmen Ueberraschung" die Nachricht, daß das Transfer-Komitee den Beschluß gefaßt hätte, daß Frankreich von Deutschland noch weitere 25 Millionen Dollar in Waren bis zum 31. August u. J. erhalten solle. Die zweite Zahlungsrate laufe vom 1. September 1925 bis zum 31. August 1926 und betrage 1220 Millionen Goldmark oder 300 Millionen Dollar, die in Naturallieferungen bestehen würden. Nun habe das Transfer-Komitee, das aus einem Amerikaner, einem Engländer, einem Belgier und einem Italiener sich zusammensetze und in dem der Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, den Vorsitz führt, nach reiflicher Prüfung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Reiches beschlossen, daß ein Teil der 300 Millionen Dollar den alliierten Mächten in Form von Sachlieferungen bezahlt werden solle. Es würde sich um ungefähr 50 Millionen Dollar handeln, von denen 52 Prozent Frankreich zufielen. In einem drei Monaten könnte also Frankreich höchst wahrscheinlich auf eine Summe von mindestens 25 Millionen Dollar rechnen. Es wäre das keine große Zahlung, aber immerhin in der gegenwärtigen Lage Frankreichs eine sehr beachtenswerte Summe, um so mehr, als das Schatzamt nicht mit ihr gerechnet habe.

Gerüchtweise heißt es, daß Herr Parker Gilbert sich für diesen Beschluß des Transfer-Ausschusses lebhaft eingesetzt habe, um Frankreich in seiner schwierigen Finanzlage zu Hilfe zu kommen, und daß Deutschland für dieses Entgegenkommen gewisse Konzessionen gemacht werden sollten.

sd. **Dresden**, 5. 6. (Eigenbericht.)

Als Dr. Rülz Reichsinnenminister wurde, erhielt er von der Stadt Dresden, deren zweiter Bürgermeister er ist, einen längeren Urlaub, der am 1. April anlief, jetzt bis zum September verlängert wurde. Sicherem Vernehmen nach hat der Rat der Stadt Dresden die Verlängerung nicht verzweifelt, es weiter bei der Verlängerung nicht vorzunehmen, so daß Dr. Rülz sich im August für eines der beiden Aemter wird entscheiden müssen.

Großdeutscher Parteitag.

Annahme einer Entschließung für den Anschluß.

kbg. **Wien**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Auf dem gestern in Innsbruck abgehaltenen Parteitag der Großdeutschen Volkspartei hielt Präsident Dr. Dinghofer eine Rede, in der er sich mit der auswärtigen Politik befaßte. Wegen Schaffung eines Paneuropa lehne es der Vorstand der Großdeutschen Partei ab, für den Gedanken des Grafen Coudenhove-Kalergi etwas zu unternehmen. Ueber Italien bemerkte der Redner, daß die Aeußerungen Mussolinis einen großen Aufdrucksbedeutung offenbarten. **Oesterreich werde niemals einen Garantievertrag zustimmen, dessen Spitze sich gegen das Deutsche Reich kehre.** In der Anschlußfrage vertrat Dr. Dinghofer den Standpunkt, daß **eine Garantie Sanierung Oesterreichs nur durch Herstellung der politischen und staatlichen Gemeinschaft mit dem Deutschen Reich möglich** sei, und es müsse der Anschluß etappenweise vorbereitet werden. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt: „Die Parteileitung billigt die Erneuerung der Koalition mit der Christlich-Sozialen Partei. In der Erkenntnis, daß das heutige Oesterreich nur durch den Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet dauernd lebensfähig gemacht werden kann, begrüßt der Reichsparteitag das zielbewußte und energische Bestreben der Partei, den Anschluß an das Deutsche Reich vorzubereiten."

Sparsamkeitsprogramm Briands.

a. **Paris**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Nach dem gestrigen Ministerrat erklärte der Finanzminister Péret, daß man im Kampfe um die Rettung des Franken auf ungeahnte Schwierigkeiten gestoßen sei. Er dementierte die Nachricht, daß die Morgansche Frankenstützungsaktion bereits ganz oder zum größten Teil verbraucht sei.

Ministerpräsident Briand machte vor seiner Abreise nach Genf die Mitteilung, daß der Ministerrat in seiner gestrigen Sitzung die Aufstellung eines Programms zur Einschränkung der Einfuhr und des Verbrauchs beschlossen habe. Mit der Ausarbeitung des Programms wurde der Innenminister, der Landwirtschaftsminister, der Minister für öffentliche Arbeiten und der Handelsminister betraut. Der Landwirtschaftsminister plant Vorkehrungen, um die Ernährung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte sicherzustellen.

*

a. **Paris**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Der offiziöse „Petit Parisien" nimmt zu den Meldungen über eine Reise des amerikanischen Schatzkanzlers und des Bauernminister der Bundesrepublik nach Berlin, die in Zusammenhang mit Besprechungen über eine Revision des Dawesplanes gebracht wurde, folgendes Worten Stellung: „Die Nachricht von einer Revision des Dawesplanes scheint nicht auf einer ernsten Grundlage zu beruhen. Es macht den Eindruck, daß es sich um ein Manöver von deutschnationaler Seite handelt, die nicht aufhört, den Kampf gegen den Dawesplan zu führen, und Nachrichten verbreitet, die immer wieder dementiert werden müssen. Herr Stresemann hat übrigens vor kurzem eine Rede gehalten, in der er den Kampf gegen den Dawesplan verurteilt. Was die Reise Dr. Schachts nach London betrifft, so war dort von einer Revision keine Rede."

Der italienische Gesandte in Prag ist, nachdem er gegen die Ausfälle des Vizepräsidenten des Senats, Dr. Soukup, gegen Mussolini protestiert hatte, sofort nach Rom abgereist, ohne sich vorher zu verabschieden.

Aenderung des Studentenrechts.

Vor einem neuen Konflikt über die Verfassung.

Der Hauptausschuß des preußischen Landtags beschäftigte sich mit verschiedenen Anträgen zur Aenderung des preußischen Studentenrechts. Der Ausschuß hat dabei einen Antrag angenommen, den die sozialdemokratische Fraktion eingebracht hatte und der auf eine Regelung des preußischen Studentenrechts nach badischem Vorbilde abzielt (Die badische Studentenschaft ist mit dem vom badischen Landtage seinerzeit beschlossenen Studentenrecht keineswegs einverstanden).

Der angenommene sozialdemokratische Antrag hat folgenden Wortlaut:

Das Staatsministerium wird ersucht, die Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an den preußischen Hochschulen vom 18. September 1920 so umzugestalten, daß

1. unter voller Aufrechterhaltung der studentischen Selbstverwaltung die Sicherheit dafür geschaffen werden, daß die in den letzten Jahren an mehreren Universitäten zutage getretenen Erscheinungen gröblicher Korruption und schweren Mißbrauchs Akademischer Aemter und Gelder sich in Zukunft nicht wiederholen;

2. die studentischen Rechte aller vollimmatrikulierten deutschen und ausländischen Studierenden in vollem Umfange gewährleistet werden, insbesondere dadurch, daß a) § 1 Abs. 1 Satz 1 der genannten Verordnung folgende Fassung erhält: „Die vollimmatrikulierten Studierenden deutscher und österreichischer Staatsangehörigkeit sowie die ausländischen Studenten, die vom Rektor als solche anerkannt sind, an einer Universität oder Technischen Hochschule, bilden die Studentenschaft, b) § 1 Abs. 2 gestrichen wird; c) § 1 Abs. 3 folgende Fassung erhält: „Den Studentenschaften der einzelnen preußischen Hochschulen stehe es frei, sich mit solchen Studentenschaften an den übrigen deutschen Hochschulen, die in gleicher Weise zusammengesetzt sind wie die Studentenschaften der preußischen Hochschulen, zu einer Gesamtverband zusammenzuschließen."

Dieser Antrag, der vom Hauptausschuß im Plenum eingebracht worden ist, ist daraufhin auch vom preußischen Landtage angenommen worden.

*

Mit dieser Aenderung des Studentenrechts ist ein jahrelanger Kampf, der etwa vier Jahre geruht hat, aufs neue entfacht worden. Denn die deutsche Studentenschaft wird sich mit dieser aufgenötigten Verordnung nicht zufrieden geben. Die Verordnung bedeutet eine Sprengung der bisherigen Grundlage der Organisation der „Deutschen Studentenschaft". Auf Grund dieser Organisation war ein enges Zusammenarbeiten deutscher und österreichischer Studentenschaften möglich. Es ist von nun an offiziell unmöglich, daß die einzelnen österreichischen Studentenschaften auf völkischem Prinzip aufbauen, in der neuen Verordnung sich aber nur solche Studentenschaften verbinden dürfen, die in gleicher Weise (d. h. Wahrung der studentischen Rechte aller vollimmatrikulierten deutschen und ausländischen Studierenden) zusammengesetzt sind. Ebenso wird eine enge Verbindung mit den Studentenschaften der anderen deutschen Länder (außer Preußen und Baden), z. B. Bayerns, unmöglich gemacht, da dort eine Aenderung des alten Studentenrechts bisher abgelehnt wurde. Es wird eine enge Verbindung mit den Studentenschaften der anderen deutschen Länder (außer Preußen und Baden), z. B. Bayerns, unmöglich gemacht, da dort eine Aenderung des alten Studentenrechts bisher abgelehnt wurde.

Der Vorstand der Deutschen Gymnastik-Bund" wurde gegründet, Frau Beß M. Menzendief hat in Berlin Vorsitzende gewählt, eine Reihe guter Tanzdichtungen ist auf dem Plan erschienen, Marx Wigman hat eine ganze Anzahl neue Schüler gewinnen angetzt, und anderes. Wirklich hätte man alle diese Anlaß gehabt, den Film ein wenig zeitgemäßer zu gestalten.

Der Ufa lag es daran, „den begonnenen Faden weiterzuspinnen", und dieses Unternehmen ist, wenn vielleicht auch trotz der angeführten Ereignisse keine zwingende Notwendigkeit gegeben war, prinzipiell zutzuheißen. Der Film ist ein Werbefilm größten Stils, steht in Gefahr, leicht zu verallen und brach darum gelegentliche Ausmerzungen und Ergänzungen.

Um es gleich zu sagen: Der neue Film, der der Presse vorgeführt wurde, bringt nicht (und konnte auch kaum) grundsätzlich Neues, sondern nur gelegentlich anderes. Und die Frage ist nur: ist das Neuhinzugekommene besser und bezeichnender als das Alte, was da war. Gut ist sicher, daß man das Rinnerbad und den Fahrstuhl gestrichen hat. Ebenso wird man dem Fehlen Gerhart Hauptmanns und anderer Größen nicht nachtrauern. Im Sport hat man neben unsere Deutschen, die einige Ergänzungen finden (Rademacher), eine ganze Menge amerikanischen Sport eingeflickt — erfährlich wohl aus den Beziehungen der Ufa zu Amerika. Am schlechtesten ist der Tanz fortgekommen: Laban ist da der Erfinder der „Tanzpantomime" geworden, von der man dann oder nichts sieht, Wigman sieht immer noch im Eingeltanz, die Volkstänze sind auf die Neger beschränkt, Fri Christie (Amerika) wird ausführlich in Moskingrotesken gezeigt und Gloria Bauroff (der Körper ist so wirklich herrlich) in ihrem Training vorgeführt. Von der tänzerischen Bewegung in Deutschland, von Bewegungschören, Tanzbramen, Kammertänzen ist nichts zu spüren. Dafür aber hat man aus der Hellerau-Dartenburger Schule ein paar Bilder gebracht und im Kapitel „Rhythmische Gymnastik" ein paar Uebungsvorführungen der Schule Jaylen (Salzburg), Bloch (Stuttgart) und eine bayerische Gymnastik Glucker, die leider nicht sehr erfreulich sind. Der letzte Teil, „Sonne, Luft, Wasser", bringt u. a. eine Anzahl hübsche Ufi- und Gisfunfilme.

Alles in allem: nicht manchem Neuen das Alte, neben Mittelmäßigem Gutes. Doch auch dieser Film wird seinen Weg machen wie der Film Ufa und Schönheit ist erreicht, die Ufa-Film-Gesellschaft hat es entdeckt und photographiert es unter der Leitung von Victor Janson zum Vergnügen der anwesenden Garnison. Mahn Christians macht so wunderschön Photos, daß selbst die Augenbeckel ihres Partners Dieterle in dieser Beilchenatmosphäre erschimmern. Albert Steinrück fitzt reichlich, Lil Dagover und Friedrich Wilhelms I., Königin von Preußen, und macht in den Ausnahmepanzen ein ernstes Gesicht, Ernst Stahl-Nachbaur, der soeben seine letzte Gastspielrolle in die Luft geflogen ist.

Außerdem viel alte Komparsen, unter ihnen einer, der ein Gesicht wie Voltaire, und ein anderer, der die Pauke schlägt, damit der zu fixierende Hochzeitszug die fünf Meter bis zum Apparat im Gleichschritt gehe. Dabei carmagnolen Kostüme, falscher Parkettboden, Chorspieler, Damen im Reifrock und Damen im Kniekrock; ein Tyrannei, der „mit Wucht Licht" schreit, und ein Reaisseur, der auf einer einschlafenden Kiste pfeift und so fort — usw. Das Ganze: Endrvwalsufnahmen eines Filmes „Sonne und Schwert" — Uraufführung am 26. August im Primus-Palast.

Es wird doch noch Film gemacht in Staaken — und die Mäuse brauchen nicht zum Nagen zu greifen. Die Sonne scheint über Gerüchte und Ungerechte, über Hollywood und Staaken.

—ma.

„Der Provinzonkel."

Süd-Film. U. T. Mozartsaal.

Herr von Kitschenbogen reist Bierbauch und Gemütbart in Berlin: vielleicht der Vorwurf für eine Geschichte im Simplissimus oder im Dorfbarbier — mehr schwerlich. Kaum ein Filmsujet, überhaupt, wenn es nicht gelingt, mit leichter Hand und Lustigkeit zu kurieren. Dann aber es Längen, die Langeweile haben, und Klimpereien. Die wirklichkeitsfern sind wie das Nilodinbel Tausendmarkscheine in der Brieftasche des Agrariers, die ihm dann im „Blutigen Hund" vom Absalt-Amil gemopft werden.

Außerdem erscheint noch eine Stilla am Kaiserdamm, in der Kischin und Dieter, die Verlobten des Gebieters eine „Nacht-Zanzdiele" errichten, deren erstes Ziel seine Harmlosigkeit wohl zentrierender Verschleierung zu verdanken hat. Dort geht es natürlich lustig her und so manchen, wie man das außerhalb von Berlin zu sehen wünscht. Frau von Kitschenbogen kommt angereist, um die Tugend ihres Gatten zu retten. Hier finden sich in dem Zusammenspiel von Mozarere und Kuser und Jakob Tiete einige wirklich humorvolle Höhepunkte, die mit den qualenden Längen beinahe versöhnen können. Liane Rath erscheint hübsch und flotzt in aufsprudelnsten Spiel bymoritisch. Manfred Roe führt geschickte Regie, und das Publikum schien sich das aufklärende Kollen, was für eine sehnsüchtige und ernsthafte Stadt das gute Berlin für zurzeitende Landwirtschaftler ist, recht dankbar und auch sonst zufrieden.

Der preußische Justizetat.

Beginn der Aussprache im Landtag.

Der Preußische Landtag nahm die Beratung des Justizetats in Angriff. Der Hauptausschuß hat aus Ersparnisgründen zwei Millionen Mark gestrichen. Er empfiehlt die Annahme einer Anzahl von Anträgen, in denen u. a. verlangt wird: Wiederhinaufsetzung der Altersgrenze für Richter von 65. auf das 68. Lebensjahr; erhebliche Vermehrung von Schreibmaschinen, Fernsprechern und Arbeitsplätzen für Richter; Zusammenlegung der Berliner Gerichte; Aenderung des Strafvollzugs nach besonders aufgestellten Richtlinien; Sicherstellung des freien Rechts politischer Gefängnisse. Weiter wird ein Antrag zur Annahme empfohlen, der Nachprüfung derjenigen Verfahren des Staatsgerichtshofes beantragt, in denen Landgerichtsdirektor Jürgens beteiligt gewesen ist.

Staatssekretär Fritze beantwortete eine kommunistische Große Anfrage zum Falle Boemke wie folgt: Die Staatsanwaltschaft mußte sich zur Prüfung der gegen Barmat und Genossen erhobenen Vorwürfe durch 249 Bände Akten durcharbeiten. Sie hat am 25. Februar dem Gericht die Akten eingereicht. Die Strafkammer hat am 4. d. Mts. das Hauptverfahren vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte eröffnet. Angeklagt sind elf Personen, und zwar wegen Betrugs, Untreue, Bestechung und anderen Straftaten. Eine Verschleppung des Verfahrens liege nicht vor.

Der Staatssekretär berichtete dann in Beantwortung des noch immer kranken und gegenwärtig in Bad Ems weilenden Justizministers Am Zehnhoff über den Etat. Er bezeichnete es als nicht angebracht, im Augenblick eine Neuregelung der Altersgrenze für Richter in Anregung herbeizuführen. Gegen die gewünschte Wiederbesetzung der Senate der Oberlandesgerichte mit fünf Richtern habe der Finanzminister Bedenken finanzieller Art. Der weiter gefordert Beginn der Verzinsung kraft Rückwirkung wieder eingetretener Hypotheken vor dem 1. April 1926 würde eine materielle Aenderung der Aufwertungsgesetzgebung sein, gegen die materielle Bedenken bestanden. Zu allgemeinen müsse aber die Durchführung der Aufwertungsgesetze noch Möglichkeit gefordert werden. Fast in jeder Sitzung der Aufwertungsanträge seien bereits erledigt. Im allgemeinen sei die Justizverwaltung zurzeit überzeugt, daß die Monatsdurchschnitt der im Jahre 1913 zu erledigenden Fälle betrug 165 000, 1925 betrug er 362 000 und in diesem Jahre sogar 420 000.

Diesem Anwachsen der Arbeiten habe die Justizverwaltung durch das Hilfsrichterzesetz Rechnung getragen, und auch der technische Apparat der Justizpflege, wesentlich ausgebaut worden. Mit der Vermehrung der Menschen und Maschinen aber allein sei es auch nicht getan; auf eine bessere Anleitung der neuen Kräfte komme es an. Der Staatssekretär versicherte, das Ministerium stehe den Anträgen zur Hilfsrichterfrage mit wohlwollender Tendenz gegenüber. Der Redner erinnerte weiter an die schweren Angriffe, die sich in den letzten Jahren in verleumderischer Weise gegen Richter und Staatsanwälte erzielten. Eine ausreichende Zahl von Beamten solle in der sozialen Fürsorge japanischen Jiu-Jitsu-Methode ausgebildet werden.

An die Erklärung des Staatssekretärs schloß sich zunächst der Abg. Heinze (Dntn.) an. Der demokrat Kuttner wie üblich scharfe Angriffe gegen die Justiz insgesamt ihrer angeblichen Rechtsverantwortung richten. Gegen diese Verallgemeinerung stellt wandten sich der Deutschnationale Steltmann und der Zentrumsabgeordnete Schmitz-Düsseldorf. Der deutschnationale Redner wies darauf hin, daß ein großer Teil der Richter heute wie früher ganz unpolitisch sei. Wenn die Richter vielleicht dem heutigen Staat ablehnend gegenüberstanden, so liege das an der unerhörten Rechtsunsicherheit, die durch die Polizeiaktion mit den Hausfuchungen neuerlich bekundet worden sei. Der Redner bedauerte die Ausführungen Brauns in Hamburg; so dürfe sich ein Ministerpräsident über den Richterstand nicht äußern. Der Zentrumsredner maß die Hauptschuld an der Rechtsverwirrung den Parlamenten bei, und zwar infolge der unklaren Gesetze und Abänderungsgesetze. Ueberdies müsse der Richter eine Zeit lang überalterte Gesetze anwenden, wie das Allgemeine Landrecht und die Kabinettsordres. Man dürfe aus vereinzelten Fehlsprüchen nicht die Folgerung ziehen, daß der ganze Richterstand parteipolitisch eingestellt sei. Im allgemeinen gebe die preußische Justiz ihre Pflicht und Schuldigkeit trotz der schwierigen Verhältnisse getan. Eine Politisierung des Richterstandes lehnte der Redner grundsätzlich ab. Er bedauerte die Kluft, die zwischen den Richtern durch die Gründung des Republikanischen Richterbundes entstanden sei.

Die Weiterberatung wurde auf Dienstag 12 Uhr vertagt. (Außerdem Abstimmungen.)

Englische Ehrung eines deutschen Industriellen.

wt. **Köln**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Wie der „Verein deutscher Eisenhüttenleute mitteilt, ist der frühere Geschäftsführer des Vereins, Dr. Schroeder, nunmehr erneut zum Ehrenmitglied des englischen Iron- and Steel-Institute ernannt worden, nachdem diese Wahl bereits einmal im Jahr 1912 vollzogen worden war, aber durch den Ausbruch des Krieges nicht amtlich mitgeteilt werden konnte. Diese Wahl zum Ehrenmitglied ist um so erfreulicher im Interesse der internationalen Annäherung, als dem Iron- and Steel-Institut heute als Ehrenmitglieder neben Dr. Schroeder nur noch angehören der Prinz von Wales, der König Albert von Belgien und C. F. Rand-New York.

Forderungen der Eisenindustrie.

wt. **Köln**, 7. 6. (Eigenbericht.)

Der Vorstand der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hinwies in seiner letzten Sitzung kein schbestes Bedauern darüber aus, daß den sozialpolitischen Ergebnissen der Tarifverhandlungen Tarifen ohne Schiedsspruch unmöglich die beantragten Notstandsmaßnahmen zurzeit geworden sind. Nur durch rasches Handeln könne man noch die bedrohte Existenz dieses deutschen Großbergbaugebiets und die Arbeitslosigkeit großer eingeschlossener Arbeitsmassen verhindern. Bekanntlich hat der preußische Staat bereits zugesagt, dem Großbergbau des Saargebietes für jede abgebaute Tonne Eisenerz eine Vergütung von einer Mark zu gewähren. Verhandlungen mit der Reichsregierung, die das gleiche gewähren soll, sind noch unerledigt geblieben.

Dieses wünschte der Vorstand des Vereins auch für Minetteerze nach rheinisch-westfälischen Hüttenwerken bald einen Ausnahmetarif, da die Minetteerze in den letzten Monaten immer mehr vom Eisenbahn- auf den Flußweg übergehen und zu 80 % mit Schiffen französischer Flagge und dem Niederrhein befördert werden.

Sigmund Bergmann.

Am 9. Juni d. Js. wird Geheimer Baurat Dr.-Ing. e. h. Sigmund Bergmann, Gründer und Generaldirektor der Bergmann-Elektrizitätswerke, 75 Jahre alt. Geheimrat Bergmann ist einer der ältesten Pioniere der amerikanischen und deutschen Elektrizitätsindustrie und gehört zu den führenden Persönlichkeiten unserer deutschen Großindustrie.

Thüringer von Geburt, studierte Bergmann Maschinenbautechnik und war erst in Deutschland und von 1869 an in New York als Angestellter, später als Partner Edisons, tätig. 1876 begründete er in New York eine eigene Fabrik für elektrische Schwachstromapparate, später mit Edison zusammen eine Gesellschaft „S. Bergmann & Co." in New York. In der Fabrik dieser Gesellschaft hatte längere Zeit auch Edison sein Laboratorium und seine wissenschaftlichen Versuchsräume. Nach langjähriger Zusammenarbeit mit Edison gründete Bergmann 1891 in Berlin die Gesellschaften „S. Bergmann & Co., Aktiengesellschaft", sowie 1893 die „Bergmann Elektromotoren und Dynamomaschine Aktiengesellschaft", die 1900 vereinigt wurden. Noch heute steht er als Generaldirektor an ihrer Spitze.

Der Jubilar, der sich trotz seines hohen Alters voller Gesundheit und großer Rüstigkeit erfreut, blickt auf ein langes Leben voll angestrengter Arbeit, aber auch voll schöner Erfolge zurück.

Dankschreiben ..... möchte ich nicht versäumen, Ihnen mitzuteilen, daß ich durch den Gebrauch der Chlorodont-Zahnpaste blendend weiße Zähne erlangte, (wie solche täglich unaufgefordert bei uns eingehen) ein Vorzug, den ich bisher bei sämtlichen von mir benutzten Zahnpasten vermißte. Der durch das Rauchen entstehende mißfarbene Zahnbelag verschwand schon nach kurzem Gebrauch der Chlorodont-Zahnpaste. Der langanhaltende, erfrischende Geschmack und die Tatsache, daß Chlorodont kein Gold angreift, stellen die Paste als beste ihrer Art hin. Indem ich Sie meiner größten Anerkennung und Hochschätzung versichere, wünsche ich Ihnen die wohlverdiente weitere Verbreitung Ihrer Chlorodont-Zahnpaste.
Chlorodont-Zahnpaste ½ Tube M 1.—, ⅓ Tube 60 Pf. / Für Reise und Landaufenthalt unentbehrlich. / In allen einschlägigen Verkaufsstellen erhältlich! 249 A. Landmann, Eutin, den 8. Januar 1926.

Noch einmal: „Aufgewertete Jugend."

Zu dem Aufsatz von Franziska Mann. (DAZ. vom 30. 5.)

O, Frau Franziska Mann, — Sie haben ja so recht! Schon oft habe ich dasselbe oder doch ähnliches gedacht, aber es so hübsch und treffend wie Sie ausdrücken zu können. Ich habe mich so oft gefragt: Warum wollen die Frauen nur immer so jugendlich aussehen und nur einfach „gut" aussehen? Ich finde, dies ist eine Wahrtigkeit und leidet doch so oft bei dem „aufgewerteten" Jungmädchen. Sie schreiben, wie Frauen sollen uns nicht uniformierten lassen, unsere Persönlichkeit wahren. Ich kämpfe nun schon zwei Drittel meines Lebens um meine „Persönlichkeit" mit Schneiderin, Friseurin, Putzmacherin usw. usw.

Schon in meiner Mädchenzeit fing es an. Da wurde mir ganz plötzlich eine Stickerei mit „man" trug sie, es war vorgeschrieben —, wehe der Ketzerin, die anders wollte! Und ich wollte anders! Ich hatte immer ein rundes, rotwangiges Gesicht, das meiner Meinung nach mit diesem zehn Zentimeter hohen Verband den Anschein erweckte, als werde ein Volkmond auf einer Stange getragen. Ich wagte es nicht, mich beschwerden, ach, wie bescheidenen, spitzen Ausschnitt trugen zu wollen. Da fing es an mit der Schneiderin. Sie wollte nicht, wie sie mir dazu ein modernes Kleid machen solle, dazu passe keine Garnierung, und sie schäme sich, so etwas aus ihrem Atelier herverwenden zu lassen. Alle Bekannten „schämten" sich, und ich hieß überall spöttisch und mit Achselzucken: das „Fräulein mit dem an-coeur-Ausschnitt". Ein Bekannter schickte mir von seiner Reise nach Holland eine Ansichtskarte mit Bildern von holländischen Bäuerinnen und dichte dazu halb tröstend, halb höhnisch:

Sehen Sie doch nur mal her,
Hier trägt jede Frau „en coeur"
Selbst das allerkleinste Görchen
Trägt sein Mützchen schon „en coeur"ch.

Nun trug „man" damals aber auch Schleppröcke, und hier kam der zweite Anstoß. Ich fand sie für die Straße mordsmäßig, unbequem und, weil ich mir die Röcke immer hoch raffte, neuen ausbessern mußte, zeitraubend und unpraktisch. Aber futzfest? Um Gotteswillen, das schickte sich nicht, man unseln feinere fünfzehn Jahre ältere Schwester sich sogar noch in einem schwarzseidenen Schleppkleid eingesponnen werden). Ich gerät in Gefahr, hochfestiert zu werden und keine Schneiderin mehr zu finden.

Die Zeiten ändern sich. Heute, da meine jugendliche Schlankheit schon etwas gelitten hat, bin ich breiter und schwerer geworden (ach, ich weiß ich aber nicht) den letzteren bis dahin entfüllen, wo er schon nicht mehr Fuß, sondern Bein — ja, Knie heißt. Ich kämpfe also wieder ungeschickt, denn ich würde eine feiner Erscheinungen sein, bei denen man sich fragt: Sehen sich diese Damen denn nicht im Spiegel, vor allen Dingen nicht von hinten? Sehr zu empfehlen! Denn, ein schöner Rücken kann immer auch entzücken, aber ich frage: Wie sieht Ihr Rücken aus? Wie Mutter pflegte bei solch einem Anblick zu sagen:

Pommersche Beine,
Pariser Schuh,
Schönheit, mach' die Augen zu!

Nun der Hut! Als ich noch jung und schlank war, schmückte unser Hut, Hüte, Hüte, ich trug, oben auf unserem Haupte, daß er mehrsach gesichert werden mußte, um nicht davon zu fliegen. Damals hatte ich ihn gar etwas tiefer gerückt, denn diese schwebenden Gebilde waren recht unkleidsam, das durfte aber nicht sein. Heute soll, muß, darf ich nach Meinung der Putzmacherin nur einen Hut bis über die Augen herabsegeln tragen, bei dem ich, wenn ich geradeaus etwas sehen will, den Kopf so ins Genick legen muß, daß ich oben hinein muß, daß ich immer an den Spruch denken muß:

Kritzen Tropfen Wasser trinkt das Huhn,
Ohne einen Blick zum Himmel auf zu tun —

trotzdem mich so ein Hütchen stärker und feiner erscheinen läßt, als ich bin. Ich hat bescheiden um eine kleine Einlage, damit der Hut etwas höher sitze — aber nun die beleidigte Miene der Berkäuferin! „Ach bitte Sie, gnädige Frau, das würde so den ganzen Eindruck verderben, und Sie sahen ja unmodern aus (größtes Schreckgespenst!) „Man" trägt doch die Hüte so tief, und ich werde Sie noch aus meinem Laden nicht so herausgehen lassen." Ich ließ mir gedulsig den Hut über die Augen, mit dem Preis das Fell über die Ohren ziehen, ging nach Hause und nähte mir treu und brav jetzt eine Einlage ein — wo der Berkäufschmann läßt mich trotzdem bis jetzt immer noch passieren.

Nun komme ich zur Friseurin, beschreibe ihr, wie ich frisiert zu werden wünsche („Ach, nicht über die Ohren?" schon etwas ärgerlich und verächtlich), und betone: „Nicht so eng um den Kopf stecken und den Knoten nicht so hoch, um — ach, Ich zeige die Höhe. — „Ja, ich weiß, „man" trägt das Haar ganz tief im Nacken, aber trotzdem — mein Profil, meine Nase, die verstehen?" Sie verspricht schließlich — und als sie fertig ist, sitzt der Knoten modern ganz unten — Schadlone, Uniform!

Schneiderin, Putzmacherin, Friseurin — sie alle wissen nichts von Goethes Wort:

Höchstes Glück der Erdenkinder
Bleibt doch die Persönlichkeit,

sondern nur:

Höchstes Ziel für alle Frauen
Sei uns stets die Uniform.

Und doch werde ich mich schließlich noch uniformieren lassen müssen; denn als mich neulich meine Aufwärterin voller Stolz fragte, wie ihr der eben geschnittene Bubikopf stehe, ich ihr aufrichtig erwiderte: „Schauderhaft — von hinten sehen Sie aus wie Ihr eigener Mann —" und sie mir empört sagte: „Gott, gnädige Frau, Sie sind aber auch zu rückständig, jede zweite Frau hat ihn doch heute (den Bubikopf) und man muß doch die Mode mitmachen" — da wurde ich schon nachdenklich. Als mir aber dann noch eine über 70 Jahre alte Frau entgegentrat mit einem Kaschmirhut — ach, wenn ich bei den in meiner Jugend nur annähernd hätte tragen dürfen! — und mit 10 Zentimeter langen Haarnadeln — da war ich beinahe bekehrt. Ich bin ja noch lange nicht 70 Jahre. Doch dann stürzte ich sehr schnell wieder aus meinen „verjüngten" Träumen: Und meine große Tochter? Wäre mit und ihr das nicht ein bischen genierlich? Ja, und da komme ich noch auf einen Punkt, der zwar nicht hierher gehört, aber doch auch zur „aufgewerteten Jugend". Warum gehen unsere jungen Töchter wohl zum Teil so oft ihre eigenen Wege? Weil es Damals hah

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

Volkswirtschaftlicher Teil.

Diskontabbau und Geldlage.

Die bereits gemeldete Verbilligung des Diskont- und Lombardzinsfusses der Reichsbank um je ½ %, die dritte diesjährige Senkung der Rate des Zentralnoteninstituts, die den Reichsbankdiskont nunmehr auf 6½ % zurückführt, hat, wie schon hervorgehoben, nicht ebensoviel praktische wie symptomatische Bedeutung. Sie kommt für weitere Kreise wiederum ziemlich überraschend. Schon die vorige Diskontsenkung vom Ende März, die in einem Augenblick (unmittelbar vor dem Quartalsultimo) erfolgte, als kaum jemand daran dachte, fiel durch ihre Plötzlichkeit auf. Mitterweile haben sich die Geldmarktverhältnisse derart entwickelt, dass schon seit Wochen wiederholt die Frage einer weiteren Reduktion der Reichsbankrate akut zu werden schien. Indes erlebte man immer wieder Enttäuschungen, wie ja auch anscheinend innerhalb des Reichsbankdirektoriums die Ansichten über die Zweckmässigkeit einer solchen Massnahme zeitweise nicht übereinstimmen. Der Reichsbankpräsident vor einigen Wochen darauf hingewiesen, dass eine weitere Herabsetzung des Diskonts die Abwanderung der Gelder vom kurzfristigen zum langfristigen Markt verstärken könnte, die an sich schon vielleicht nicht unbedenklich sei. Wir sind der Meinung, dass dieser Hinweis und die in ihm vertretene Auffassung richtig war, doch wird man andererseits geltend machen können, dass in dem Interesse für den langfristigen Markt mittlerweile ein Abflauen eingetreten ist. Vielleicht ist auf den jetzigen Schritt der Reichsbank ausser den Wünschen der Landwirtschaft auch der Umstand nicht ohne Einfluss gewesen, dass auf dem langfristigen Kapitalmarkt in Gestalt der Reichsbahnemission und demnächst der Ausgabe von Reichsschatzwechseln gewichtige Transaktionen durchzuführen sind, die durch billigeren Diskont selbstverständlich dem Anlege suchenden Kapital schmackhafter werden. Was die Reichsbahnemission betrifft, so war allerdings, wie von Bankseite verlautet, das Interesse des In- und Auslandes an dieser Emission schon seit Tagen sehr rege, so dass es zu belangreichen Vorarbeitungen gekommen sein soll.

International bewirkt das Abwärtsgehen des Reichsbankdiskonts eine, auch vom deutschen Standpunkt zu begrüssende weitere Verminderung der Diskontdifferenz zwischen Deutschland und den grossen angelsächsischen Geldzentren, von denen London wohl nur durch die Ausstandsbewegung zum Festhalten an dem seit 3. September 1925 bestehenden 5 % igen Diskontsatz veranlasst wurde, während der Diskont der amerikanischen Federal Reserve Bank seit 29. April 1925 3½ % beträgt. Die schwachvaluta rischen West- und Südstaaten Europas (Frankreich, Belgien, Italien), die seit geraumer Zeit bei einem 7 % igen Diskont beharren, kommen gegenwärtig bei internationalen Vergleichen begreiflicherweise nur wenig in Betracht. Von den kleineren Ländern haben die Schweiz mit 3½, Schweden mit 4½ und Dänemark und Norwegen mit 5½ % immer noch vergleichsweise recht wohlfeile Diskontraten.

Diskont-Sätze.

	%	seit		%	seit
Amsterdam	3	3. 10. 25	Madrid	5	29. 3. 23
Berlin	6	7. 6. 26	N.-York Fed.		
do. Lombard	7	7. 6. 26	N.-York Bk.	3½	29. 4. 25
Danzig	7	19. 1. 26	Oslo	5	30. 4. 26
Brüssel	7	24. 4. 26	Paris	6	9. 7. 25
Budapest	8	21. 10. 25	Prag	4	15. 1. 25
Bukarest	9	16. 4. 26	Schweiz	3½	22. 10. 25
Helsingfors	7½	20. 12. 25	Sofia	9	1. 2. 26
Italien	7	18. 6. 25	Stockholm	4½	19. 2. 26
Kopenhagen	5½	9. 2. 26	Tokio	7	12. 11. 25
Lissabon	9	12. 9. 25	Wien	7½	30. 3. 26

Als diskontpolitische Massnahme spielt die Senkung des Reichsbankzinsfusses, da es bekanntermassen eine wirkliche Leitung der Kreditwirtschaft durch die Reichsbank im Sinne dessen, was man der Vorkriegszeit darunter verstand, heute nicht mehr gibt, nur eine begrenzte Rolle. An der abnehmenden Beanspruchung des Zentralinstituts durch die deutsche Wirtschaft in Form von Wechsel- und Lombardkrediten, an die Präsident Schacht in der Ausschusssitzung am Montag wieder erinnerte, wird ein Abbau der Diskontrate um ½ % erstmalig nichts Wesentliches ändern können. Denn die Diskontsätze der Privatbanken haben sich infolge der leichten Geldlage des offenen Marktes und des Wettbewerbs der Privatinstitute untereinander so entwickelt, dass eine Konkurrenzfähigkeit der Reichsbank auch bei einem 6½ % igen offiziellen Satz, wie wir bei früheren Gelegenheiten öfters betonten, nicht gegeben ist. Das werden noch herauskommende Material an guten Handelswechseln, dessen Kargheit vornehmlich durch den stockenden Warenumsatz zu erklären ist, endlich deutlich zeigt. Etwa 5¼ % Unterkunft, so dass die Reichsbank, solange nicht in der allgemeinen Wirtschaftslage eine Wendung zum Besseren eintritt, kaum eine Änderung des bestehenden Zustandes wird erhoffen können. Am Privatkapitalmarkt, auf dem wir, wie man weiss, die Umsätze gleichfalls spärlich sind und der halbamtliche Satz von 4½ % letztlich fast nur nominelle Bedeutung hat, wird den Einfluss bestimmter Banken ein Rückgang dieses Satzes bisher noch nicht vorgenommen worden.

Bedeutsam ist natürlich, in welcher Weise die Senkung des Reichsbankdiskonts auf die Zinspolitik der Banken und Sparkassen hinüberwirkt. Vor den Sparkassen erwartet man eine Anpassung der Einlagenzinsfusses an die Diskontsenkung. Die Banken werden sich einer ½ % igen Reduktion der Debetzinsen, die üblicherweise auf 1 % über Reichsbankdiskont stehen, wohl nicht entziehen können. Die Anregung, die durch diesen Hinabgehen mit den Zinssätzen um ½ % auf Handel und Wandel ausgeübt wird, darf man gewiss nicht allzu hoch veranschlagen. Aber zu verachten ist sie auch nicht. Allerdings führen doch die Zinsen wieder, die, unter Abkehr von den grossartigen Kalkulationsmethoden, die uns die Inflation anerzogen hat, rechnerischer Überlegung und geschäftlichem Augenmass auch für kleine Vorteile wieder zu dem ihnen gebührenden Rechte verhelfen. Die Frage nach den Debetzinsen lässt sich auch die andere Frage auftauchen, wie nun die Kreditzinsen von Handlungen aussehen. Aus Kreisen der Bankkreisen kann man hören, dass die Kreditzinsen folgerichtig ganz ebenso um ½ % herabzusetzen seien, weil die Schmälerung der Bezinsbarkeit der Zinsspanne, die durch Beibehaltung der bisherigen Höhe der Kreditzinsen bei Verminderung der Debetzinsen für die Einnahmen entstände, angesichts des immer noch sehr kostspieligen Verwaltungsapparates der Banken und der grossen Risiken im Kreditgeschäft nicht tragbar sei. Bis jetzt ist die Entscheidung der Grossbanken in dieser Frage noch nicht gefallen. Es ist indes nicht zu verkennen, dass ein mässiger weiterer Abbau der Zinsspanne wie überhaupt eine Reform der besonders in den Provinzbankplätzen sich billigen Bedürfnisse der heimischen Wirtschaft nicht durchweg berücksichtigenden Bankbedingungen von Bedeutung sein dürfte. Handel und Industrie als überaus wohltätig empfunden würde. Zum Schluss möchten wir darauf hinweisen, dass immer wieder die Tatsache, zu den Vorgängen am deutschen Geldmarkt unverändert bleibt. Die Entwicklung erklärt sich unseres Erachtens nicht aus den natürlichen Folgen der Krise, die jetzt wie auch früher stets schliesslich zur starken Verflüssigung des Geldmarktes führte, sondern sie erklärt sich ebenso aus der Tatsache, dass eine zu starke Geldschöpfung, verursacht durch Ausbau des Einströmen der Landkredite, der Krise vorausgegangen war. Diese übermässige Geldschöpfung wurde nicht durch eine bewusste Deflationspolitik zurückgegangen, sondern die Wirtschaftselber schaltete im Ablauf der Krise diese Gelder wieder aus. Hier liegt der zweite Grund für die abnorme Geldflüssigkeit. Und wenn heute die Reichsbank die Herrschaft über den Geldmarkt verloren hat, so liegen zum Teil die Gründe dafür in Verhältnissen, die vorgleichbar sind mit denen, die in den Vereinigten Staaten bestanden, als die Bundesreserve-Bank sich infolge des Goldzustroms vom Markt ausgeschaltet sahen. P. J.

Die Begründung der Ermässigung.

In der Zentralausschusssitzung verglich der Reichsbankpräsident die Lage der Reichsbank von Ende März mit dem Zeitpunkt der letzten Diskontherabsetzung, mit derjenigen von Ende Mai. Er stellte dabei fest, dass die Inanspruchnahme der Reichsbank in der Zwischenzeit nicht unwesentlich vermindert habe. Die Bestände der Bank an Wechseln, Schecks und Lombardforderungen betrugen Ende März einschliesslich der radizierbaren Mengen 1 577 Millionen, Ende Mai 1369 Millionen, also 338 Millionen weniger. Diese Senkung entfällt ganz überwiegend auf die Inanspruchnahme durch den Markt. Die Zinssätze für Tagesgeld und Monatsgeld, für Privatdiskonten und Bankgiriertes Warenwechsel seien gleichfalls zurückgegangen. Wenn auch die Momente, die zur Flüssigkeit des offenen Geldmarktes beiträgen, zum Teil vorübergehender Natur seien, so könne sich doch die Reichsbank der Einschätzung des freien Markt nicht entziehen und müsse überdies wünschen, der Wirtschaft alle Vorteile der Senkung der Ermässigung ihrer Diskontrate zukommen zu lassen. Allerdings lasse die labile Geldmarkts- und Wirtschaftslage ein vorsichtiges Vorgehen angezeigt erscheinen. Man gehe deshalb nur um ½ Prozent herunter und mache eine weitere Ermässigung von der Entwicklung der nächsten Wochen abhängig.

Die Geldsätze bei der Sechsandtag-Woche unverändert.

Berlin, 7. 6. Wie die Preussische Staatsbank (Seehandlung) und andere Institute bereits früher ihre Zinssätze für täglich kündbares Geld und Monatsgeld bei unveränderten Geldstande entsprechend ermässigt haben, erhöhte sich heute anlässlich der Diskontermässigung der Reichsbank eine Korrektur der Zinssätze.

Diskontherabsetzung der Sächsischen Bank. Die Sächsische Bank in Dresden hat ebenso wie die Reichsbank und Bankfinkiert auf 6½ und den Lombardzinsfuss auf 7½ Prozent herabgesetzt.

Eine deutsche Kunstseidenkonvention in Vorbereitung.

Die starke Konkurrenz der ausländischen Kunstseiden-Industrie, insbesondere der italienischen, die seit etwa 1½ Jahren mit Hilfe der unterwertigen Lira eine starke Preisdrücke auf den Kunstseidenmarkt ausübte, hat die deutschen Kunstseidenfabriken veranlasst, über den Abschluss einer deutschen Kunstseidenkonvention in Verhandlungen zu treten. Diese Verhandlungen sind, wie unser rheinischer Berichterstatter drahtet, so weit fortgeschritten, dass demnächst mit dem Inkrafttreten der Konvention zu rechnen ist. Der Konvention werden alle massgebenden deutschen Kunstseidenhersteller, nicht nur die grossen Gesellschaften, wie die Vereinigte Glanzstofffabriken und Köln-Rottweil, sondern auch die kleineren Firmen angehören. Als Zweck der Konvention wird die Stabilisierung der Marktverhältnisse angestrebt, die jetzt dauernd Preisschwankungen zeige, während früher Kunstseide eine grosse Stetigkeit der Preise aufwies. Der Konvention werden die jetzigen Preise zugrunde gelegt werden, die bedeutend unter den Vorkriegspreisen liegen.

Der Saatenstand in Preussen Anfang Juni 1926.

Nach der von der „Statistischen Korrespondenz" verbreiteten Übersicht, hat der Winterroggen abermals um 0,1 Punkt gegen den Vormonat nachgelassen, so dass er jetzt etwas schlechter als mittel (3,1) steht. Ebenso haben Rapa und Rübsen, Klee, Luzerne und Wiesen sich um 0,1 Punkt verschlechtert. Auf der anderen Seite sind erfreulicherweise die Aussichten für Wintergerste gestiegen und erreichen für Wiesen (2,7) besser geworden. Weizen hat sich damit den übrigen günstigen Stande des Vorjahres genähert, während der Roggen sich erholte, nämlich um 0,7 Punkte, schlechter steht. Das Sommergetreide zeigt durchaus nichts des Roggens durchweg einen besseren oder doch wenigstens den gleichen Stand wie im Vorjahre; ähnliches gilt für die Hülsenfrüchte. Die Aussichten haben durchweg um 0,1 bis 0,2 Punkte nachgelassen. Die Aussichten für den Hanfbau Landesteilen sind wie zu Anfang Mai recht erheblich: bei Winterweizen reigt Schlesweig die beste Note mit 2,4, Kreisbgrenz und Ostpreussen den Tiefstand mit 3,8; der beste Stand des Winterroggens mit 2,6 wird diesmal von Oppeln, Schleswig und Hildesheim erreicht, sehr schlecht sind die Aussichten in Gumbinnen mit 3,7. Bei den Sommerfrüchten gelten alle in allgemeinen Gleiche Unterschiede.

Es wurde Anfang Juni begutachtet: Weizen 2,7 (gegen Vormonat 2,8 und Juni 1925 2,5), Spelz 3,0 (3,0 bzw. 2,5), Roggen 3,1 (3,0 bzw. 2,4), Gerste 2,8 (2,9 bzw. 2,6), Hafer 2,7 (Juni 2,8 bzw. 2,7), Gemenge 2,9 (3,1 bzw. 2,8), Raps und Rübsen 3,0 (2,9 bzw. 2,7), Klee 2,3 (2,2 bzw. 2,5), Luzerne 3,0 (2,9 bzw. 2,6), Wiesen 2,9 (2,9 bzw. 2,9).

Tagung der Schuh- und Schäftefabrikanten.

Der Verein der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten e. V. hielt in diesen Tagen unter dem Vorsitz des Kommerzienrats Dr. Krumsiek seine Generalversammlung in Baden-Baden ab. Ueber Wirtschafts- und Arbeitsfragen referierten der Geschäftführende Vorstandsmitglied, Rechtsanwalt Blasse, Berlin. Die deutsche Schuhwaren-ausfuhr leidet unter den Abwehrzugeständnissen der ausländischen Staaten zu leiden. Aber auch in den anderen Ländern zeige sich ein wesentlicher Rückgang der Schuhwarenaufuhr. Im Hinblick auf die in Vorbereitung befindlichen neuen Zollfarifvorlage fordert die deutsche Schuhindustrie einen angemessenen Zollschutz. Die deutsche Schuhproduktion arbeitet immer noch stark unterbeschäftigt und vermag trotzdem, um für die deutsche Bevölkerung je ein Paar Schuhe pro Person für den Jahresverbrauch zu liefern, während der Verbrauch in den Vereinigten Staaten fast 2,7 Paar und in Grossbritannien über 2 Paar Lederschuhwerk pro Kopf der Bevölkerung. Sehr möglich des Messewesen haben 84 vom 100 der Mitglieder des Verbandes ausgestellt. Es ist erfreulich, die Schuhmesse im Jahre 1926 nicht mehr zu beschicken. Es wurden vier Entschließungen angenommen, die unter anderen fordert, dass in neuen deutschen Zollfarif die autonomen Zollsätze für deutsches Schuhwerk in eine neue Weise festgesetzt werden, dass sie der ausländischen Schuhindustrie Verbrauchsgrenzen für Schuhwaren und Schäfte, die Bestimmung des Gesetzentwurfes über die Verfahren zu und die Einführung eines Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses. Die dritte Entschließung verlangt eine Herabsetzung der sozialen Lasten durch Ersparnisse an den Verwaltungsausgaben. Die vierte Entschließung nimmt Stellung gegen die steuerlichen Bestrebungen, die auf eine Abänderung des Aufwertungsgesetzes hinzielen. Ferner wurde einstimmen wurde der durch Krankheit am Erscheinen verhinderte Kommerzienrat Wallerstein, Offenbach, wiedergewählt.

Andree Rauschild - Werk A.-G., Berlin.

Die Gesellschaft hat in ihrer Generalversammlung beschlossen Ihnen die Amortisation von 100 000 M. eigenen Verwertungsaktien, ferner über Statutenänderungen, darunter Herabsetzung des Stimmrechtes der Vorzugsaktien.

Dividendenvorschläge.

Concordia, chemische Fabrik a. A., Leopoldshall: 4 (4. V. 3) %.

Schapiraus Kalkwerke A.-G.: 0% (0. V. 0 %).

Bayerische Hartstein Industrie A.-G., Würzburg: 6 (0) %.

Kollmar u. Jourdan A.-G., Uhrkettenfabrik, Pforzheim: 0 (5) %.

Nobel Industries Ltd., London: 10 (9) %, ferner auf die Deferred Shares 5 (0) %.

Erwerbsgesellschaften.

Norddeutsche Hütte A.-G., Bremen-Oslebshausen. Das Geschäftjahr 1925 hat 607 573 (549 864) Mark Gesamtabschreibungen (78 118 (85 106) M. Ueberschuss, die vorgetragen werden (1. V. 5 % Dividende). Nach dem Geschäftsbericht dieser zum Stumm-Konzern gehörenden Gesellschaft wurde seit August der Betrieb der Hochofenanlage stillgelegt. Ausführlich erläutert, Bezugs lässt sich von Zementmarkt sagen, wo der Absatz für die Gesellschaft nicht unwesentlich erhöht werden konnte und auch die erzielten Durchschnittspreise als befriedigend bezeichnet werden. Die in Betriebsstörung neuer Anlagen entstandenen Anfangsverluste erfolgt in allerhärtester Zeit. Auch in den Zementwerken seien Verbesserungen und Erweiterungen vorgenommen worden. Die Bilanz weist aus: Debitoren 1 354 223 (2 417 051) M., Bankguthaben 914 916 (202 845) M., Effekten 63 848 (1095) M., Vorräte 2 545 198 (2 784 490) M., Wechsel 0 (140 436) M., dagegen Kreditoren 1 177 177 (819 265) M., später fällige Raten auf Anlagen 1 473 390 (0) M., Akzepte 1 685.047 (986 582) M.

R. Wolf A.-G., Magdeburg-Buckau. Nach dem jetzt erstatteten Rechnungsabschluss für 1925 hat sich der Rohgewinn einschl. 18 802 R.-M. Vortrag auf 5 532 924 (L. V. 3 699 351) R.-M. erhöht, andererseits sind 1 477 177 (1 000 000) R.-M. Zinsen und staatlichen Abgaben auf 4 996 357 (3 699 351) R.-M. gestiegen. In Vorjahre wurden noch 85 088 R.-M. Aufwendungen für soziale Wohlfahrtspflege gemacht. Nach 552 265 (575 139) R.-M. Abschreibungen auf Anlagen und Betriebsmittel, ein Ueberschuss von 11 302 (18 808) R.-M., der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Das Fabrikate Konto kommt also, wie im Vorjahre, nicht zur Verteilung. Nach dem Geschäftsbericht muss der Vorstand des Unternehmens sich weiterhin zurückhalten bezüglich der Aufteilung des Arbeitsprogramms und der der Wolf A. G. in Interessengemeinschaft verbundenen Heinrich Lanz A. G. dergestalt, dass die Magdeburger Werke sich auf den Bau von Landmaschinen und Landwirtschaftlichen Maschinen, ferner Motoren, Lanz dagegen sich auf den Bau von Dreschmaschinen und fahrbaren Motoren beschränkt, und in Verbindung mit dem dadurch möglich gewordenen Personalabbau wird, wie in dem Bericht ausgeführt wird, die Lage der Gesamten wirtschaftlichen gearbeitet, und die Unkosten können wesentlich vermindert werden.

Vertragsabschluss der Lloyd Dynamowerke A.-G., Bremen. Der Bruttogewinn des Jahres 1925 erhöht sich auf 583 248 (L. V. 627 173) M. Geschäftsunkosten erforderten 592 048 (347 681) M. Abschreibungen 81 528 (145 675) Mark, Steuern 68 574 (103 062) M. Somit entsteht ein Verlust von 158 906 M., der sich nach Absetzung des Gewinnvortrages auf 125 006 M. erhöhtsagt und dem Reservefonds entnommen wird. In der Bilanz erhöhten sich Forderungen auf 507 569 (376 776) M., Waren auf 1 214 072 (1 034 647) Mark, andererseits Verbindlichkeiten auf 1 496 873 (1 296 555) M. Die am 9. Oktober 1925 beschlossene Kapitalerhöhung ist durchgeführt, wobei der Beschluss entsprechend 10 % der Einzahlung durch Entnahme von 500 M. aus der Umstellungsreserve geleistet sind. Der Beschluss vom 31. December 1925, die vorhandenen 20 000 M. Vorratsaktien an den Gesellschaft zurückzuführen, ist durchführung des Beschlusses vom 9. Oktober 1925 vorhandenen weiteren 500 M. Stammaktien durch Zusammenlegung von 2:1 in Vorzugsaktien umzuwandeln, ist inzwischen durchgeführt, so dass nunmehr die Gesellschaft über 20 000 M. Vorzugsaktien besitzt. Im Geschäftsbericht wird ausgeführt, dass sich bei den augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnissen, die eine Geschäftjahr in keiner Weise übersehen lasse.

Porzellanfabrik Kahla und Porzellanfabrik R. Schomburg und Söhne, A.-G., Margarethenhütte, u. Erhöhter Auslandsabsatz. Die beiden Gesellschaften berichten über ihre Geschäftjahre. Nach der Durchführung des den Aktionären der R. Schomburg & Söhne A. G. gemachten Umtauschangebots (300 R.-M. Kahla-Aktien gegen 400 R.-M. Schomburg-Aktien) aus der am 30. 12. 1924 von der G. V. von Kahla beschlossenen Kapitalerhöhung um 2 Mill. M. besitzt Kahla nunmehr 92 % des Stammkapitals der Schomburg-Gesellschaft. Bei den elektro-technischen Werken konnte der Absatz gesteigert werden, insbesondere nach dem Auslande. Wenn dieses Ergebnis nicht befriedigt, so liegt die Ursache in der Tatsache, dass die Produktionskraft noch nicht voll war, so sei daran die allgemeine Geldknappheit schuld, die den weiteren Ausbau der Werke erschwerte. Die Gesamtbeteiligungen von 1,683 auf 2,178 Mill. M. dürfte im wesentlichen auf den Einbezirkung der Schomburg-Gesellschaft zurückzuführen sein. Die Bilanzsumme erhöhte sich 0,924 (0,945) Mill. M., Waren mit 1,274 (1,066) Mill. M., und Schuldner mit 1,486 (2,217) Mill. M. Im ganzen ist das Bild ungünstiger. Die Gesellschaft hat ihre Bestände, Gläubiger mit 1,317 Mill. M. Akzepte, und Bankschulden von einer entsprechenden Erhöhung der Schuldner von 1,332 auf 1,985 Mill. M. unwesentlich. Waren erscheinen mit 0,525 (0,421) Mill. M. und Vorräte mit 0,175 (0,175) Mill. M.

Necker-A.-G. in Stuttgart. Nach dem Geschäftsbericht für 1925 war das letzte Jahr durch die in ungeschwächter Beschaffenheit bis Frühjahr 1926 vorgesehene Fertigstellung der beiden Staustufen Wieblingen unterhalb Heilbronn und Neckarzimmern unterhalb Mosbach, sowohl für die Schiffahrt, als für die Wasserzutung, charakterisiert. Die Hauptarbeiten an beiden Staustufen bei Gelegenheit und Kochendorf, die eine Leistungsfähigkeit von 8510 bzw. 8400 PS. besitzen, sind seit Herbst 1925 in Gang und schreiten ihrer Vollendung zu. Die Einnahmen, und zwar in Höhe von 0,071 Mill. M. Zinsen, Dividenden, Pachten und Mieten mit 1,643 (0,904) Mill. M. und die Unkosten mit 0,297 (0,144) Mill. M. auf Anlagekonto übertragen. Anlagen erhöhten sich von 26 Mill. auf 27,311 Mill. M. Dem steht auf der Passivseite die Erhöhung des Aktienkapitals von 1,2 auf 5,95 Mill. M. und der Ausgrabungen durch das Reich, Württemberg, Baden und Hessen von 22,548 auf 26,068 Mill. M. gegenüber. Das Bankkonto figuriert mit 1,556 (3,449) Mill. M., sonstige Forderungen mit 0,744 (2,889) Mill. M. In neuen Jahre haben die Bauarbeiten einen ungestörten Fortgang genommen.

Produktionssteigerung der Landwirtschaft.

Von der Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreussen wird uns im Anschluss der Herrn Rittergutsbesitzers Heumann-Kl. Gablick mit der Bitte um Abdruck zugesandt. Ihrem Inhalt aus diesem Aufsatz wiederzugeben scheint uns nötig, da in Teilen der Presse das in ihm behandelte Darmstädter Interesse durchaus unrichtig kommentiert worden ist.

Der Verfasser schreibt u. a.: In einer Broschüre „Befreiung" vertritt Dr. Augusten Winnig, den ich für einen Mann von Bedeutung und überzeugten Vaterlandsfreund ohne die leiseste einseitig-agrarische Einstellung halte, lese ich die Sätze: „Die Bodenwirtschaft ist heute um so unrentabler, je intensiver sie ist. Sie lohnt nicht mehr, wenn sie mit Anspannung auf ein Mindestmass herabdrückt. Unsere Armut drängt zur extensiven Ackerwirtschaft."

Und der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrats sagte kürzlich in Darmstadt: „Dem Landwirt kann heute nicht mehr der Rat gegeben werden, seine Produktion unter allen Umständen zu steigern oder auch nur im bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten. Heute muss der Landwirt sagen, die er erhält hat, kann ihm nur der Rat gegeben werden: Wirtschafte so, dass du deinen Reiste halten kannst und lass die Rentabilitätsfrage entscheidend sein bei deinen Massnahmen."

Und auf diese Worte des Präsidenten des zuständigen Ministeriums ist dann der Reichsbankpräsident: „Ich bedaure das Wort des Herrn Präsidenten ganz besonders, das so deutlich darauf angespielt hat, der Landwirt müsse sich überlegen, nicht wie er produziert, sondern dass er seinen Besitz erhalte. Ich halte das für ein ausserordentlich gefährliches Wort und bedaure es auf das Ausserste, wenn es so aufgefasst werden sollte, als ob die Landwirtschaft nicht in erster Linie auf die gesteigerte Produktivität hin arbeiten sollte. Die Reichsbank wird sich die Herren Kredit-Kunden ganz genau ansehen, ob sie den Kredit lediglich zur Erhaltung ihres Besitzes zu haben wünschen."

Hiernach gehen also der Reichsbankpräsident noch, dass es verwerflich sei, wenn ein Landwirt in dem Bestreben, sich seinen Besitz zu erhalten, auf Produktionssteigerung oder sogar auf die Erhaltung der bisherigen Erzeugung verzichtet und seinen Betrieb, wenn auch in kleinerem Umfang, aufrechterhalten sucht, und dass eine solche Wirtschaftsumstellung auf Unterstützung durch Reichsbankkredite abhängig gemacht werden sollte. Ich also immer noch dem Glauben zu leben, dass die Rentabilität der Landwirtschaft nur in der Produktionssteigerung unter allen Umständen liegen. Denn Ich idealistisch denkend kann man den Reichsbankpräsidenten doch nicht halten, dass er den Landwirten alle Ernsten zumutet, unter Verzicht auf jede Rente, ja mit der sicheren Aussicht auf eine starke Beschleunigung ihres wirtschaftlichen Zusammenbruches als Risiko weiterer Vermögensverluste zu laufen und den Gesichtspunkt gesteigerter Herstellung allein in den Vordergrund zu stellen. Wer hält er die Erhaltung des Besitzes ohne Produktionssteigerung für eine Vermachtsigung der einigen Pflichten, die der Landwirt der Allgemeinheit gegenüber hat?

Dass die Verhältnisse den Landwirt zwingen, seine Produktion einzuschränken, scheint dem Reichsbankpräsidenten entgangen zu sein. Wie kann ein Mann, dem Währung und Wirtschaft nicht gleichgültig sind, in den Busen gesteckt sind, die Bedürfnisse des einen Pflegling so verkennen? Mit derselben unerbittlichen Folgerichtigkeit, mit welcher die Kuh in ihrer Ernährung zurückgeht, wenn ihr das erforderliche Futter verweigert wird, lassen in Ermangelung ihrer Ernährung die Kühe in ihrer Produktion nach." Und da erhebt sich ein Schrei der Entrüstung über die mangelnde Vaterlandsliebe des Schweinehalters und Rückkehr zu dem öffentliche Wohl ihre Leistungen einschränkt.

Wer macht den anderen Berufsständen ihre Einschränkung zum Vorwurf? Welch anderes Vorwurf? Welch anderes Leitmotiv hat unsere ganze Wirtschaft als die Frage nach der Rente, die allein ihr Sinn und Ziel ist? Wer hat sich geschieht? Und was ist den anderen recht, soll der Landwirtschaft nicht billig sein?

Ich bin überzeugt, dass unser Reichsbankpräsidenten der Meinung, dass jeder deutsche Landwirt seinen Besitz als Lehen des Vaterlandes zu betrachten hat, dass jeder Landwirt demselben das Beste zu machen hat. Das kann er aber nur, solange er wirtschaftlich lebt, solange er sich auf seinem Besitz behauptet. Und deshalb ist die Erhaltung des Besitzes heute eine ernste, vaterländische Pflicht, welche praktisch durch Rücksicht auf Leistungen seitens der Reichsbank zur Ehre gereichen würde. Aber auch im Interesse der Reichsbank dürfte es liegen, ihre Leistungen nicht einzuschränken nicht mit der Auflage der Produktionssteigerung zu belasten. Sie gefährdet dadurch die Sicherheit ihrer Darlehen, sie schaltet die solideren Leute aus.

Valutamarkt.

Amtliche Bankennotenpreise. Berlin, 7. Juni. Kurse für 1 Pfd., 1 Dollar, 1 Milreis, übrigen je 100 Einheiten.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Sovereigns	20,35	20,45	K. Kot. 500-1000	7,44	7,70
20 Fr. Stücke	16,19	16,27	do. unt. 500	7,44	7,70
Holländ. Noten	4,183	4,203	Jugoslawi. Noten	111,42	112,00
1 Dollar-Noten	4,190	4,210	Schweiz. Noten	81,07	81,47
1 Milreis	0,24	0,26	Prag. Noten	12,43	12,49
Belgische Noten	13,53	14,09	Finnlandn. Noten		
Dänische Noten	110,82	111,38	Polen. Noten	12,385	12,445
Engl. Not. gr. St.	20,357	20,457	Rumänische Noten	12,44	12,50
Französ. Noten	16,19	16,27	Griechisch. Noten	5,64	5,66
Italienische Noten	19,261	19,359	Serbien	3,486	3,504
Japanische Noten	1,94	1,96	Tschechoslowakei	12,43	12,49
Kopenhagener N.	108,13	108,67	Argentin. Noten	3,685	3,705
Norwegische N.	92,87	93,33	Brasilian. Noten	0,225	0,245
Schwedische N.	112,57	113,13	Spanien. Noten	73,67	74,03
Danziger	81,65	81,99	Lettland-Noten	4,167	4,187

Ostdevisen. Berlin, 7. Juni. Freiverkehr. Kurse für 1 Pfd. 100 Einheiten.

Australien	6	6	Reval		
Wien	4,164	4,184	Polen	41,84	41,94
Bukarest	1,68	1,68	Kopenhagen		
Kopenhagen	108,13	108,67	Paris	41,19	41,41
Konstantinopel	1,94	1,96	Prag	12,43	12,49
Lissabon	41,295	41,505	Lettland	80,15	80,55
Athen	5,64	5,66	Litauen	41,58	41,78
Kattowitz	41,84	41,94	Helsingfors	10,43	10,49
			Budapest	73,67	74,03

Danzig. Berlin, 7. Juni. Freiverkehr.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Dollar-Kurs (Ausz. Noten)	5,1765	5,1910			
100 Reichsmark bar	124,844	125,156		123,244	123,554
100 Reichsmark	123,244	123,554			
100 Zloty	57,68	57,94		57,29	57,57

Warschau. 7. 6. 5. 6.

Amerik. Dollar	10,05	10,05	Prag	30,25	30,375
London	49,75	49,75	Danzig	57,29	57,57
Paris	31,25	32,375	Wien	141,36	147,00

Zürich. 7. 6. 5. 6.

Amsterdam	1261,00	1261,00	Italien	22,75	22,75
Berlin	123,50	123,50	Madrid	73,50	73,50
London	25,18	25,18	Paris	16,25	16,00
Mailand	22,75	22,75	Prag	15,15	15,15
Brüssel	16,10	16,10	Sofia	3,75	3,75
Budapest	0,0058	0,0058	Stockholm	112,50	112,50
Madrid	73,50	73,50	Warschau	40,00	40,00
Bukarest	3,75	3,75	Konstantinopel	3,75	3,75
Prag	15,295	15,295	Athen	5,55	5,55
New York	5,18	5,18	Budapest	0,0058	0,0058
Amsterdam	7. 6.	4. 6.	Bukarest	1,625	1,625
Offiziell			Helsingfors	0,0725	0,0725
Berlin	0,59,24	0,59,24	(Inoffiziell)	7. 6.	4. 6.
Brüssel	14,14	7,77	New York	2,485	2,485
Christiania	58,93	58,93	London	12,07	12,07
Kopenhagen	46,20	46,20	Paris	9,37	9,45
Mailand	10,92	10,92	Zürich	7,275	7,275
Madrid	35,25	35,25	Helsingfors	0,24	0,24
Prag	7,33	7,33	Budapest	0,0028	0,0028
Sofia	1,80	1,80	Bukarest	1,025	1,05
Stockholm	54,00	54,00	Warschau	0,2,25	0,2,25
Wien	70,50	70,50			

Kopenhagen. Berlin 7. 6. 5. 6.

Stockholm	100	100	Wien	0,00,00	0,00,00
Berlin	100	100	Prag	100,24	100,04

Paris. 7. 6. 4. 6.

London	124,75	124,75	Amsterdam	1239,50	1264,50
New York	25,87	25,87	Zürich	122,20	120,75
Madrid	365,50	365,50	Prag	153,50	153,50
Mailand	114,25	114,25	Wien	497,50	483,50
Brüssel	82,50	82,50			

London, Schlusskurse vom 7. Juni.

New York	4,86,50	4,86,65	Prag	164,25	164,75
Montreal	4,86,50	4,86,65	Madrid	34,00	34,00
Amsterdam	12,10,50	12,11,12	Belgrad	276,00	276,00
Brüssel	82,50	82,50	Athen	5,55	5,55
Brüssel	108,87	108,87	Konstantin.	1,20,00	1,20,00
Christiania	92,75	92,75